

## Versuchte Aushungerung der AIDS-Hilfe Geld oder Leben

Die österreichische AIDS-Hilfe steckt mitten in massiven Schwierigkeiten. Es werden nicht nur Budgetkürzungen befürchtet. Durch die Politik des Ministeriums und die immer später einlangenden Zahlungen des Subventionsgebers steht

der Verein praktisch vor dem Konkurs, der wegen Zahlungsunfähigkeit bereits im April hätte angemeldet werden müssen.

Am 31. Mai gab es eine erste Protestkundgebung am Ballhausplatz. *Fortsetzung Seite 2.*

### AUSSERDEM

**La Pantera:** StudentInnenproteste in Italien —Seite 3

**Wahnsinnprojekt Ostautobahn:** Bis 1995 soll die A4 als Hochleistungsstraße fertiggestellt sein. Doch Widerstand regt sich. Besetzungen sind geplant. —Seite 4

Ziel ist, eine internationale, revolutionäre Bewegung zu entwickeln: der **Infoladen Wien** präsentiert sein neues Konzept, auf Seite 7

**Auch die BRD hat jetzt ihren rechtsstaatlichen Rassismus:** Während in Österreich bereits im Feber eine Verschärfung der Gesetzgebung gegen Menschen aus anderen Staaten durchgezogen wurde, peitschte die BRD-Bundesregierung am 26. April das neue Ausländergesetz durch. —Seite 10

**Phantomenale antikapitalistische Aktionstage in Hamburg** anlässlich des 30. Weltkongresses der internationalen Handelskammer und der Premiere des Musik-Spektakels »Das Phantom der Oper.« — Seite 12

**Herrschaftsseiten**  
Über das Verhältnis von Macht und Widerstand. Der Versuch einer Analyse der Kommunikationsstrukturen innerhalb der Linken. — Seite 14

Impressum Seite 24



## Salzburg: Haus besetzt Der Kampf geht weiter

(TATblatt-Wien)

Wohnungs- und Grundstücksspekulanten sahen die große Kohle ab. In Salzburg Stadt stehen ca. 3500 Wohnungen leer, während allein die Zahl der am Wohnungsamt registrierten Wohnungssuchenden 4500 beträgt (davon droht 2300 Leuten die baldige Delogierung). Wer arm ist, wird bestraft: Wo Wohnungen vermietet werden, sind die Preise für normale "Randgruppen" gesellschaftermitglieder unerschwinglich. Das Komitee "Stadtlauf gegen Wohnungsnot" veranstaltete jeden Freitag, beginnend vor Ostern, insgesamt sieben Renn- und Krachdemos. Es kam zu Handgreiflichkeiten und Verletzten (u.a. drückte ein Altnazi einem Punk seine Zigarette im Gesicht aus!). Am 13. April wurde eine Unterführung/Passage im Zentrum besetzt, beglotzt von TouristInnen, bewacht von Polizisten blieben die Beset-

zerInnen über Ostern unter der Brücke, wo alle enden, die kein Dach über dem Kopf haben. Die Stadt bot ein Haus ab Juli. Welchselbiges natürlich sofort besetzt wurde. Adresse für alle SympathisantInnen: Innsbrucker Bundesstraße 36 (Bus 2 ab Hauptbahnhof, hinter dem Krankenhausgelände!! Neben einer Autowerkstätte, deren Besitzer seinen neuen NachbarInnen ab und zu das Wasser abdrehet). Räumungsklage kommt noch diese Woche. Im Oktober soll das Haus abgerissen werden und auf dem Grund rundum riesige Wohnsilos entstehen. Nun wird ein anderes Haus gefordert. Es fehlt vor allen Dingen an Zeug für ein Beisl, das nach dem Abdrehen von Gegenlicht und Petersbrunnhof (zwei selbstverwaltete Veranstaltungszentren) dringend nötig ist. Ein Solikonzert wäre gefragt!!

# Kein Geld für AIDS-Hilfe

Fortsetzung von Seite 1

(TATblatt-Wien)

Seit fünf Jahren gibt es die österreichische AIDS-Hilfe. 126 MitarbeiterInnen sind bundesweit in regionalen Beratungs- und Betreuungsstellen beschäftigt. Selbst bezeichnet sich die ÖAH als die einzige Einrichtung, die AIDS-Kranken psychosoziale Betreuung und Hilfestellung anbietet. Zu 100 % subventioniert ist der Verein allerdings vom guten Willen des Bundeskanzleramtes (als Subventionsgeber) und des Gesundheitsministeriums (als politische Instanz) abhängig.

Bis 5.4.1990 gab es keine verbindliche Zusage des Ministers bezüglich der ausstehenden Subvention für 1990. Da der Schuldenstand der ÖAH sich zu diesem Zeitpunkt bereits auf 7,4 Millionen öS belief, hätte die ÖAH eigentlich als zahlungsunfähig eingestuft werden müssen. Der Konkurs drohte. Angesichts der Situation gab Minister Ettl tags darauf eine Subventionszusage in der gleichen Höhe wie 1989 (was in Realität einer Kürzung gleichkommt.) Beantragt wurden 27,7 Millionen, bezahlt sollen 23 werden.

Zwei Wochen später folgte allerdings ein Schreiben des Bundeskanzleramtes, in dem nur noch von 18 Millionen öS gesprochen wurde. Gleichzeitig wurden Forderungen erhoben. Zuerst mussten Abrechnungen für 1989 vollständig vorliegen, genaue Personalabrechnungen seien nachzureichen und dieses Schreiben sei unverzüglich von der ÖAH zu unterzeichnen, da ansonsten jeder Anspruch auf Subvention verfällt. Kosten für Einzelsupervisionen (psychologische Betreuung des Personals) werden nicht mehr abgegolten, dezitiert werden alle Entgelte gestrichen für MitarbeiterInnen, die an der Drogenambulanz der Univ.Klinik Wien tätig sind, eine Personaloptimierung müsse erfolgen, ein neues Gehaltsschema wird vorgeschrieben, Selbsthilfegruppen sollten ihr Geld in Zukunft woanders aufreiben ...

Die ÖAH kontert: Durch die Subventionskürzung müsste jede dritte MitarbeiterIn entlassen werden, ganze Beratungsstellen in den Bundesländern müssten aufgelassen werden, die Streichung der Einzelsupervisionen entbehre jeder Grundlage (überhaupt seien sie bereits zugesagt worden und unabdingbar), und die Angelegenheit mit der Drogenambulanz, sei eine Einflußnahme von staatlichen Stellen auf die inhaltliche Arbeit der ÖAH, das neue Gehaltsschema bedeute eine massive Gehaltskürzung und überhaupt müsse die ÖAH die Differenz bei bereits bezahlten Gehältern selbst tragen, was sowieso unmöglich sei.

"Auf Grund der permanenten Finanzmisere sind langfristige Planungen fast unmöglich, Präventionsar-

beit und größere Zielsetzungen und Konzepte nur in Ansätzen realisierbar, da wir nicht wissen, ob es uns in zwei Monaten noch geben wird oder wieviele Mitarbeiter uns noch zur Verfügung stehen werden", schrieb der Betriebsrat der ÖAH an den Minister.

Da es zu keiner Einigung kam, geht die österreichische AIDS-Hilfe in die Offensi-

ve: es fand bereits eine Kundgebung am 31.5.90 am Ballhausplatz statt. Gefordert wurden unter anderem: Anhebung der Subvention, Unabhängigkeit von politischen und pharmaindustriellen Stellen, unbeeinflusste inhaltliche Arbeitsmöglichkeiten und eine Novellierung des AIDS-Gesetzes noch in dieser Legislaturperiode. ●



## Gentechnologie: IMP sucht Unterstützung der Bevölkerung

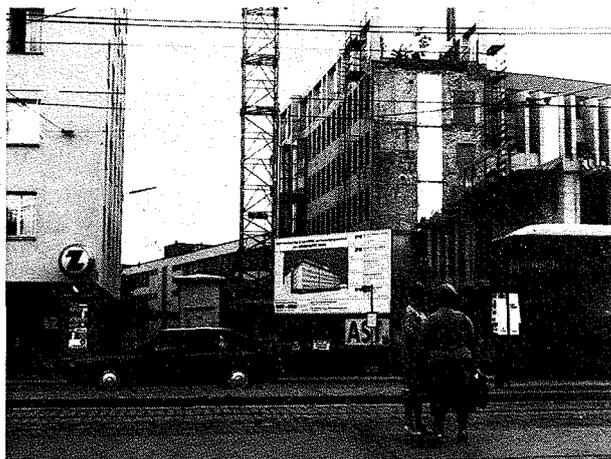
(TATblatt-Wien)

Imageförderung im gemeinsamen Interesse von Genforschung und Bezirksvertretung: Am 17. Mai fand die Sitzung der Bezirksvertretung im dritten Bezirk im Genforschungsinstitut IMP statt. Im Bezirksjournal harmlos als "Forschungsanstalt" angekündigt, brachte diese "neue Form der Demokratie" (Bezirksjournal) auch nichts Neues: Kritische Fragen

wurden nicht oder nur zögernd beantwortet, nach wie vor beruft sich Institutsleiter Birnstiel auf ein ominöse "Selbstkontrolle" des Instituts.

Ein weiterer Ausbau des IMP sei nicht geplant, ist aber angesichts des Universitätsneubaus direkt daneben vermutlich auch nicht notwendig: Bis die Uni in das neue Gebäude einzieht (1992/93), hat Busek auch seine Unireform durchgepusht und Drittmittelforschung<sup>1</sup> legalisiert. Ein Gentechnologie-Gesetz hingegen, mittlerweile seit Jahren im Wissenschaftsministerium "in Bearbeitung", wurde immerhin in einem Bezirksvertretungsbeschluss gefordert, dürfte allerdings angesichts bestehender Fakten und "EG-Konformität" kaum Verbesserungen bringen.

Am 18. Oktober wird ein Tag der offenen Tür im IMP stattfinden. ●



1 Finanzielle Beteiligung von Unternehmen an Universitätsinstituten mit Anspruch auf kommerzielle Verwertung von Forschungsergebnissen

# La Pantera – StudentInnenbewegung in Italien

Dieser Stein kam ins Rollen, als im Oktober aus Protest gegen die Schließung zweier autonomer Kulturzentren in Mailand die SchülerInnen begannen, ihre Schulen zu besetzen. Anfang Dezember sprang der Funke — ausgehend vom Süden — auf die Universitäten über.

(Johanna)

Ursache für die nun folgende Besetzung der Unis im ganzen Land war neben dem miserablen Zustand der ital. Unis eine Reihe von Gesetzesentwürfen, darunter die berühmte "legge Ruberti", die als zentralen Punkt die Autonomie der Unis und dadurch den Zugang der Privatwirtschaft zu Lehre und Forschung — unter Ausschluß studentischer Mitbestimmung — enthalten.

Bemerkenswert an der Protestwelle ist, daß die ital. StudentInnen die Unis monatelang besetzt halten und die Lehrveranstaltungen blockieren konnten. Nachdem die "legge Ruberti" Ende Februar zur Beratung zurückgezogen wurde, beschlossen die StudentInnen, die Besetzung vorerst aufzuheben, mit der Absicht, sie wieder aufzunehmen, falls ihre Forderungen und Vorschläge in einem modifiziertem Gesetzesvorschlag nicht berücksichtigt würden.

Nun konnte zwar die "legge Ruberti" vorerst verhindert werden (kommt im Oktober ins Parlament), dafür aber ist das Gesetz, das die völlige Autonomie der Unis vorsieht, seit 26. 5. in Kraft. Laut diesem Gesetz können die Unis Verträge mit jeder Art von Firmen abschließen, jede Uni kann ein eigenes Statut über ihre Verwaltung aufstellen, usw. Die Genehmigung dieser Gesetze ist umso schlimmer, als es nun durch die Blockierung der "legge Ruberti", die ja das andere Gesetz geregelt und eingeschränkt hätte, keinerlei Kontrolle über die Aktivität der akademischen Senate gibt. Daher haben die ital. StudentInnen die Protestaktionen, unter geringerer Be-



Architektur-Fakultät in Neapel besetzt

teiligung, wieder aufgenommen.

Des weiteren wird im Parlament ein Gesetz über die Einführung von Kurzstudien diskutiert, sowie ein neues Drogengesetz, das massive Verschärfungen vorsieht. Das Gesetz zur Einschränkung des Streikrechts ist bereits genehmigt worden. Die Verschärfung des politischen Klimas in Italien, sowie der Versuch, Universitäten und öffentliche Einrichtungen zu Privatisieren (Post, Verkehrsmittel usw.) ist natürlich nicht ein rein italienisches Phänomen, sondern im Zusammenhang mit der EG-Politik zu betrachten, die ja auch für Österreich nicht unwesentlich ist.

Ausgehend von der Tatsache, daß an den österreichischen Unis kaum jemand von der "Pantera" weiß, und davon, daß es sich um Probleme handelt, die auch von StudentInnen auf internationaler Ebenen behandelt werden müßten, organisiert die Südtiroler Hochschülerschaft in Zusam-

menarbeit mit der HTU und dem Aktionskomitee folgendes Symposium:

La Pantera — Italienische StudentInnenbewegung — Information; Diskussion, Reaktion, Agitation, Videos, Aktion.... ●

Montag, 11.6.90 um 19.00 Uhr im Informatikhörsaal der TU, Treitlstr. 3, 1040 Wien  
Podiumsdiskussion mit AktivistInnen aus Italien, Videos aus verschiedenen italienischen Städten.

Dienstag, 12.6.90 und  
Mittwoch, 13.6.90 jeweils von 14.00 bis 19.00 Uhr in den Räumen der Südtiroler Hochschülerschaft, Schwarzspanierstr. 15/1/6, 1090 Wien, Tel.: 408 24 17,

Arbeitskreise zu den Themen:

- Strategien des Widerstandes und Perspektiven einer europäischen Zusammenarbeit
- Drittmittelforschung und Privatisierung
- Bildungspolitik in Europa

Mittwoch, 13.6.90 um 19.00 Uhr Abschlußplenum ●



Wer hat Angst vor der Pantherin?  
"Werbeinserate" der Pantera (StudentInnenbewegung)

## Aufruf an alle Piratinnensenderinnen in Österreich:

(Anonym)

Angesichts der Tatsache, daß jede dritte Frau als junges Mädchen sexuell ausgebeutet, vergewaltigt wurde, und ein Großteil der Täter im nahen Verwandten- bzw. Bekanntenkreis, sprich Väter, Großväter, Brüder, etc., zu finden ist, finden wir es als Perversion, den Vätern einen eigenen Feiertag einzuräumen.

Darum ist es an der Zeit, den Vater-

tag in Tätertag umzubenennen!!!!!!

Am 10. Juni ist der Höhepunkt der Fußballmeisterschaft angesagt, an diesem Abend versammeln sich die Täter vor dem Fernseher, dem Radio.

Darum den Aufruf an alle Piratinnensenderinnen — stört den reibungslosen Ablauf der Fußball-WM und weist die (V)Täter auf ihre Täterschaft hin!!!!!! ●

# Wahnsinnsprojekt Ostautobahn

Die Ostautobahn (A4) soll vordergründig die beiden Weltstädte Wien und Budapest miteinander verbinden. Dahinter steht jedoch das massive Interesse der EG an einer Autobahnverbindung in die Staaten des "ehemaligen Ostens". Diese wäre mit der Fertigstellung der Ostautobahn 1995 gegeben, ein durchgehendes Autobahnnetz von der BRD bis Jugoslawien würde entstehen, noch dazu alpenpaßfrei. Auch zur EXPO käme sie gerade recht, die A4. Widerstand regt sich, Besetzungen sind geplant.

(Global 2000, gekürzt)

Die A4 soll von Wien über Schwechat und Bruck/Leitha nach Nickelsdorf führen. Der erste Teil bis Fischamend ist bereits fertiggestellt. Der Abschnitt bis Bruck/Leitha ist in Bau, der Rest befindet sich noch in der Projektierungsphase.

## DIE SITUATION HEUTE:

Der österreichische Teil der derzeitigen Straßenverbindung zwischen Wien und Budapest ist die B10. Sie führt von Nickelsdorf kommend durch mehrere Ortsgebiete und endet in Wien.

Das Leben an der B10 ist alles andere als rosig. Die Straße ist hoffnungslos überlastet, Lärm, Abgase und die ständige Unfallbedrohung verwandeln ganze Ortschaften in unbewohnbare Gebiete.

Die Anzahl und Schwere der Verkehrsunfälle mit Personenschaden ist an der B10 besonders hoch. Während österreichweit pro Unfall 1,3 Personen verletzt werden, trifft es an der B 10 1,64 Personen. Die Zahl der tödlich endenden "Personenschäden" ist an der B 10 fast doppelt so hoch, wie der Bundesdurchschnitt (nämlich 59,2 pro 1000 an Unfällen beteiligten Personen im Vergleich zu 29,7/1000 bundesweit).

## DIE PROBLEME WERDEN VERURSACHT DURCH:

- den Berufspendelverkehr, mit hohen Spitzenbelastungen am Morgen und am Abend
- den internationalen Verkehr von und nach Ungarn
- der LKW West-Ost-Transit
- der sommerliche Bade und Ausflugsverkehr zum Neusiedlersee
- der enorme Quell- und Zielverkehr (gemeint ist jener Verkehr, der entweder Ziel oder Quelle in der Ostregion hat), der auch durch die Autobahn nicht aus den Ortschaften gebracht werden kann

In fast allen Bereichen ist in der Zukunft sogar noch mit einer Steigerung zu rechnen. So läßt z.B. der LKW-Transitverkehr durch die Annäherungsbestrebungen Österreichs und Ungarns an die EG starke Zunahmen erwarten. Auch die Zahl der PKW wird durch die Öffnung des Ostens und durch die EXPO 1995 schlag-

artig in die Höhe schnellen.

Allein von 1987 auf 1988 gab es in der Ostregion immense Straßenverkehrszuwächse, im Personenverkehr um mind. 50%, im Transit sogar noch mehr. Für das Jahr 2010 wird eine **Vervierfachung** des Verkehrsaufkommens prognostiziert. Am Schlimmsten steht es um den Güterverkehr, weil anzunehmen ist, daß die Zahl der Gütertransporte zwischen West und Ost erheblich steigen werden. Durch seine geopolitische Lage wird sowohl der Ost-West, als auch der Nord-Süd-Verkehr durch Österreich laufen. Heute liegt das Verhältnis Schiene : Straße in der Ostregion noch bei 75:25 zugunsten der Bahn. Ein zusätzliches Angebot an Straßen (A4, B301, A6) verlockt speziell den Transitverkehr, diese auch zu benutzen.

## DIE OSTAUTOBAHN ALS LÖSUNG?

Daß der Bau von Autobahnen keine geeignete Lösung zur Unfallbekämpfung ist, läßt sich aus der Tatsache herauslesen, daß 62% aller Unfälle in Österreich überhöhte Geschwindigkeit als Ursache haben. Jährlich steigen die Unfallzahlen um 10%, Autobahnen weisen, im Vergleich zu anderen Straßen noch höhere Raten auf. Eine andere Ursache stellt die durch begradigte Straßen und erhöhte objektive Sicherheit ausgelöste Anhebung der subjektiven Risikobereitschaft dar. So werden Maßnahmen zur Verkehrssicherheit durch erhöhte Geschwindigkeit wieder kompensiert.

Auch bringt der Bau einer Autobahn kurz- und mittelfristig keine Entlastung der Bundesstraße, wie die Beispiele Brenner- und Tauernautobahn zeigen. Längst gibt es auf der Bundesstraße mehr Verkehr, als

net.

Wie die verantwortlichen Politiker mit Studien anerkannter VerkehrsplanerInnen umgehen, demonstriert eindrucksvoll die Einflußnahme des Wirtschaftsministers Schüssel in Endergebnis und Schlußfolgerung der obengenannten Studie. Ursprünglich meinten die beiden Verkehrsplaner, die Trasse der A4 solle noch einmal überdacht werden und erachteten den Bau der B301 momentan und für den Fall einer Angebotsplanung als nicht notwendig. Nach "Einsichtnahme" des Ministers lautete die Endfassung so: Bau der A4 Variante 6 (Römerstraße) und Anbindung an Bratislava. Der Bau der B301 gilt als selbstverständlich. Minister Schüssel drehte die Aussagen der Planer also in den zwei wesentlichen Punkten um.

## ARGUMENTE GEGEN DIE A4

### Teufelskreis Autobahn Teil 1: A6

Die A4 könnte auch als Auslöser für weitere Straßenbauprojekte dienen. Bereits jetzt denken Planer im Wirtschaftsministerium darüber nach, wie sie die Autobahnmagistrale von Danzig über Warszawa, Krakow, Brno und Bratislava nach Wien und Trieste weiterführen können. Was schlicht bedeutet, eine Verbindung von Bratislava an die A4 zu schaffen. Diese Verbindung(A6) würde den endgültigen Transitwahnsinn in Ostösterreich bedeuten. Obwohl beim Baubeginn der A4 alle Politiker versprochen, keine weiteren Straßenbauprojekte im Osten durchzuführen, meint Sektionschef F. Freudenreich aus dem Wirtschaftsministerium jetzt "wir brauchen auf jeden Fall eine autobahnmäßige Verbindung von Preßburg zur A4". Es wird überlegt, den Trassenverlauf des letzten Teilstückes der A4 nochmals zu revidieren, um so dem Straßen — speziell dem Transitverkehr — weiter Tür und Tor zu öffnen.

### Teufelskreis Autobahn Teil 2: B301

Eine weitere Folge des Baus der A4 wäre eine zweite Wiener Außenringautobahn (B301). Sie würde die A21 (Alländer Autobahn) mit der A4 verbinden. Die Entlastung für die Süd-Ost-Tangente (A23) durch die B301 (Variante Vösendorf/Schwechat) wäre nur gering, nämlich etwa 8.000 Fahrzeuge am Tag.

## Aktionsvorbereitungstreffen

jeden Donnerstag, 18.00 Uhr im WUK, Umweltkoordinationsbüro, 1090 Wien, Währingerstraße 59

dies vor der Eröffnung der jeweils parallel geführten Autobahn der Fall war.

Was dies in Zahlen bedeutet legt eine Studie der Raumplaner Snizek und Rosinak dar. Für das Jahr 2010 wird im Bereich B10/A4 mit einer Steigerung im regionalen Verkehr von 20% und im EG- und Osteuropa-Transit von 550% gerech-

Was bei einem momentanen Gesamtverkehrsaufkommen auf der A23 von 80.000 KFZ pro Tag 10% ausmachen würde. Also keine spürbare Entlastung für die Tangente. Auch die Entlastungswirkung für die Gemeinden an der B301 reicht nicht aus, um eine merkliche Verbesserung der Umweltsituation herbeizuführen. Überhaupt würden Entlastungswirkungen durch die angeregte Verkehrsnachfrage innerhalb kürzester Zeit überkompensiert. So ist an der B301 mit einer vervierfachung (+18000 KFZ) im Ost-West-Transit zu rechnen. Wie sich nun eine weitere derartige Verbindung also auf die Luftverhältnisse in Wien und Umgebung auswirken würde, kann sich jeder selbst ausmalen. Los Angeles läßt grüßen.

#### Arbeitsplatzförderung durch Straßenbau?

Großprojekte wie Autobahnen sind maschinen- nicht aber arbeitsplatzintensiv. Investitionen in kleinräumige Straßenumbauten, Verkehrsberuhigungen und in den öffentlichen Verkehr schaffen mehr, längerfristig gesicherte und qualitativ wertvollere Arbeitsplätze als mechanisierte Großbaustellen. Für 700 Millionen Schilling können rund 220 ArbeiterInnen direkt an der Baustelle beschäftigt werden, für dörfliche Straßenumbauten hingegen 1500 ArbeiterInnen.

#### Stichwort Ozon

Bodennahes Ozon ist ein schweres Atemgift. Es führt zu akuten Atmungsstörungen beim Menschen und schädigt immer mehr Kulturpflanzen auf unseren Feldern — Ernteeinbußen sind die Folge. Ostösterreich leidet schon jetzt unter den höchsten Ozonkonzentrationen Österreichs. Ozon ist ein Gift aus zweiter Hand. Es entsteht, wenn Stickoxide und Kohlenwasserstoffe unter Sonneneinwirkung miteinander reagieren. Für beide Stoffe ist der Verkehr hauptverantwortlich. Daher werden die Ozonwerte extrem ansteigen, wenn der abgasträchtige Süd-Ost-Transit über die A4 rollt.

#### Die Parndorfer Heide — Das Ende einer Steppenlandschaft

Die Parndorfer Heide die, wenn es nach dem Willen der Verkehrsplaner geht sowohl von A4 und A6 zerschnitten wird, ist die letzte österreichische Steppenlandschaft. Sie beheimatet mehrere bedrohte Tierarten wie Ziesel, Steppeniltis und Ährenmaus. Aber nicht nur Mensch und Tier sondern auch Boden, Wasser und Vegetation werden durch Straßenbau beeinträchtigt. Die Salzstreuungen auf Autobahnen bewirken, daß eine Trinkwasserentnahme erst wieder ab 500 Metern beiderseits der Straße möglich ist. Eine Studie über Boden und Vegetationsschäden entlang der Tauernautobahn vom UBA (Umweltbundesamt) bringt einiges zu Tage: Grenzwertüberschreitungen bei Blei, erhöhte Konzentration von Cadmium und Zink und eine Abnahme der Artenvielfalt entlang der Autobahn. Wobei die Werte jeweils

mit der Entfernung zur Straße zurückgehen. Die Autoren empfehlen weder landwirtschaftliche Produkte noch Futtermittel im Bereich von 50 Metern links und rechts der Autobahn zu gewinnen. Weiters wäre der direkte Landverbrauch durch den Bau der A4 rund 4mal größer als durch kleinräumige Ortsumfahrungen entlang der B10.

#### Die Schweiz als Vorbild?

Schon seit 1962 gibt es ein LKW-Nachfahrverbot (22 Uhr bis 4 Uhr), Tonnagebeschränkungen für LKW von 28 Tonnen, in Österreich 38 Tonnen, die EG fordert 44 Tonnen. Kraftfahrzeuge dürfen nicht breiter als 2,30 Meter (Öst: 2,50) sein. In der Schweiz laufen nur 5% des Transitverkehrs über die Straße. Der Rest wird über die Schiene abgewickelt. Auch in Ostösterreich gehen heute noch 75% des Transitverkehrs über die Bahn. Das Beispiel Brenner zeigt, daß der Bau einer Autobahn automatisch zu einer Verlagerung von der Schiene zur Straße und zu einem Attraktivitätsverlust der Bahn führt. Vor dem Bau der Brennerautobahn wurden 2,5 mal so viele Güter mit der Bahn befördert als auf der Straße. Heute hat sich das Verhältnis genau umgekehrt.

kostenloses Inserat

**GLOBAL 2000: Bist Du umweltinteressiert und hast Du etwas Zeit?**

Wenn ja, so melde Dich doch bei der Umweltschutzgruppe GLOBAL 2000 in Wien! Gesucht werden im Moment vor allem ehrenamtliche Mitarbeiter im Büro, beim Adresseneingeben und am Infostand.

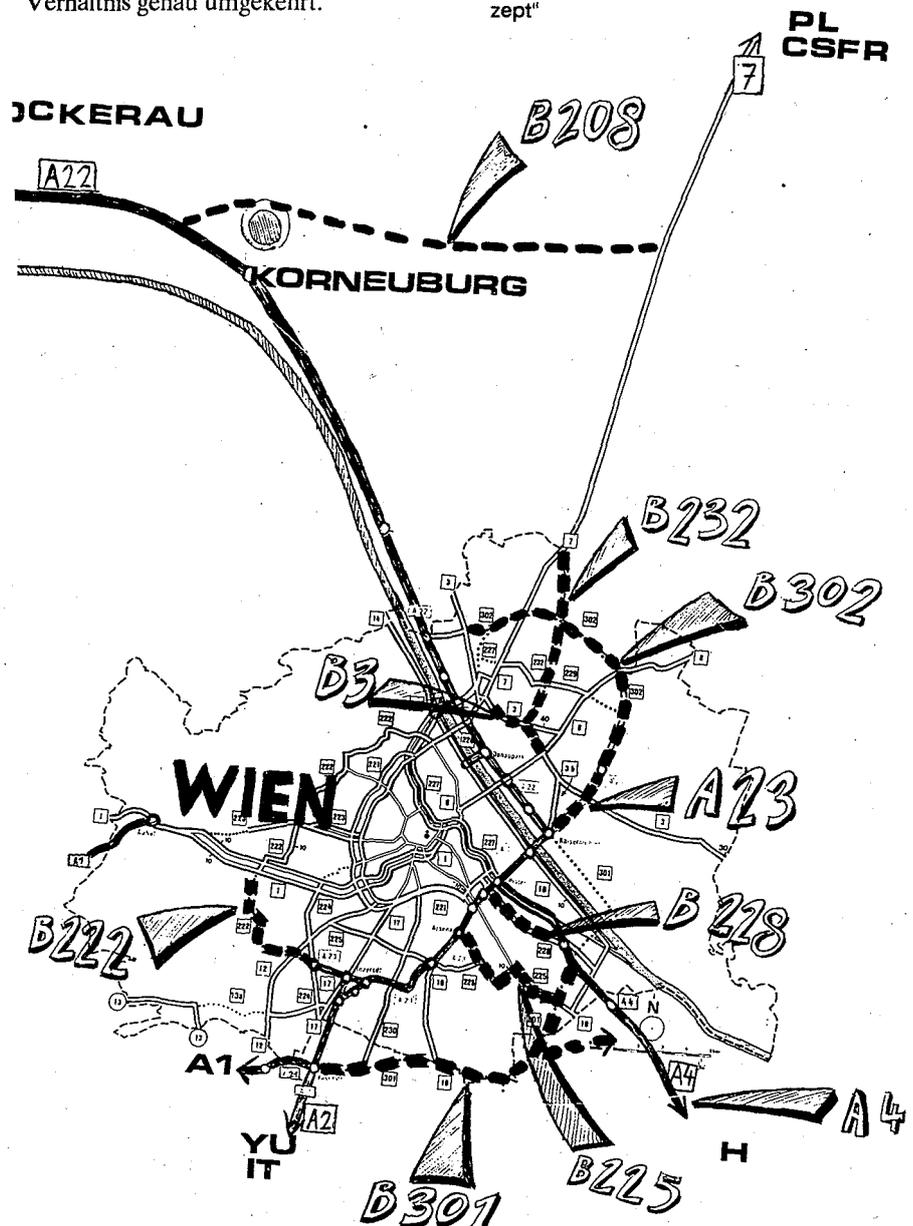
Näheres unter 340-342

Nur wenn es die Bahn schafft, schnell und effektiv zu reagieren, werden wir die Verkehrslawine abwehren können. Die Grundsätze der Verkehrspolitik sollten nicht länger auf die unbeschränkte Mobilität des/der Einzelnen fixiert sein. Es wäre an der Zeit neue Prioritäten, wie Umweltschutz oder Verkehrssicherheit, zu setzen. Dem öffentlichen Verkehr ist unbedingt Vorrang einzuräumen. Vor allem muß es endlich zu einer Kostenwahrheit zwischen Straße und Schiene kommen.

Wir lassen uns nicht überfahren! ●

Weiterführende Literatur:

Koch, Thaler; Ökologie-Institut: "Alternativen zur Ostautobahn — ein Verkehrskonzept"



# Im Herbst der Bestie

Eine Video-Dokumentation über die  
Anti-IWF/Weltbank-Kampagne im Herbst 1988 in Westberlin.

(Autonome)

Weil der Film so gut ist und weils beim ersten Mal im Rotstülchen größere technische Probleme gab, zeigen wir ihn nochmal:

am 12. 6. um 20 Uhr im B.A.C.H.; 16., Bachgasse 21 (Straßenbahnstation Festgasse Linie 46, 3. Station nach dem Gürtel)

Der Film, der aus etwa 150 Stunden Rohmaterial entstanden ist, setzt wesentlich früher an: Noch während des Zweiten Weltkrieges wurden in Bretton Woods (USA) der Internationale Währungsfonds und die Weltbank gegründet. Ihre geschichtliche Herleitung, ihre Aufgaben, und die Folgen ihres Betriebens werden beleuchtet.

Die Entwicklung der internationalistischen Linken wird, ausgehend von Che Guevaras Rede vor der Trikontinentalen Konferenz, über die 68er-Bewegung und den Vietnamkongreß bis zur Arbeit der "Dritte Welt"-Solidaritätsgruppen in den siebziger Jahren nachvollzogen.

Das Kapitel über die Entstehung der Schuldenkrise 1982 schließt die historischen Betrachtungen ab und leitet die offizielle Vorbereitung des Kongresses ein: Medienspektakel, "größte Polizeiaufgabe seit Kriegsende" und Kriminalisierung der GegnerInnen von IWF und Weltbank.

Diese — von BUKO bis zu den Autonomen — erläutern in Interviews Struktur und Ziel ihrer Kampagne, die Langfristigkeit der Vorbereitung und auch ihre internen Probleme.

Dokumentiert wird auch, warum große

Teile der autonomen Frauen im Zuge der Vorbereitung die gemischten Zusammenhänge verließen, in welche Richtung die Diskussionen am Frauenplenum liefen und welche Analysen und Aktionen daraus entstanden.

Der Öko-Kongreß wird am Fallbeispiel Amazonien dargestellt, und das Verhältnis von Kapital und Umwelt durch Interviews mit der Amazonien-Delegation vertieft.

Aus dem "Permanent-People-Tribunal" ragt Vandana Shiva mit ihrer Anklage heraus. Das Urteil dieser inszenierten Gerichtsverhandlung wird von E. Galeano verlesen.

Der dreitägige Gegenkongreß und seine Abschlußdemonstration am 25.9.88 zeigen in einer Parallelmontage u.a. Positionen zum Thema "Reform und/oder Revolution?", Theater, Musik, Redebeiträge ...

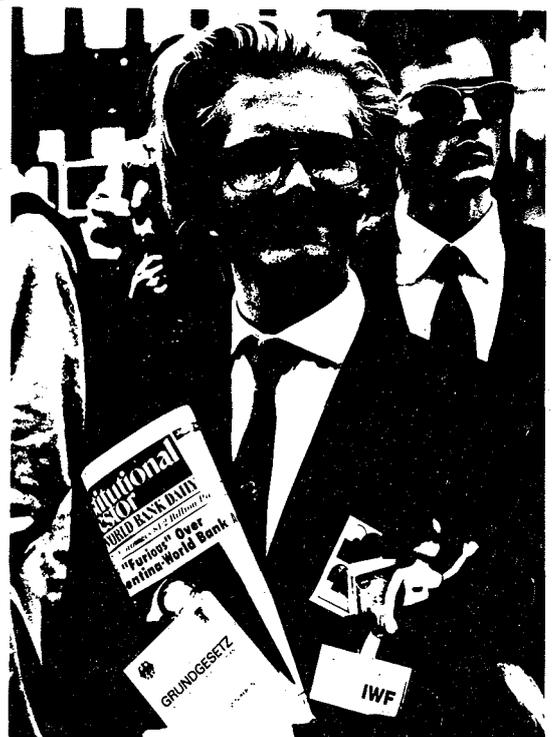
Einen Schwerpunkt des Films stellen die Aktionstage vom 26.-29.6.88 dar, die in ihrer Vielfältigkeit — Happenings, Straßentheater, Umzüge, Kundgebungen und Demonstrationen — als Geschichten, Collagen, musikalische Raps ... erzählt werden (und jede Menge Action ...).

Die Dokumentation erhebt keinen Anspruch auf Objektivität. Begeistert

darüber, daß sich zu einem so "abstrakten" Thema wie internationale Finanzpolitik eine breite Bewegung mobilisieren ließ. Selbstkritisch dort, wo sich zeigt, wie leicht nach dem Verklingen des Spektakels die Lebensbedingungen in Vergessenheit geraten, die für den größeren Teil der Menschheit nach wie vor Hunger, Elend, Unterdrückung und Ausbeutung bedeuten.

(leicht abgeänderter Covertext des Videos)

eine Produktion von autofocus — Videowerkstatt Westberlin ●



## Rätsel über Rätsel offener Brief

(Brigitte N.)

...Denn der Gemeindebedienstete galt zwar vor allem im Straßenverkehr als höchst aggressiv, doch nichts in seinem Leben deutet auf eine erhöhte sexuelle Triebhaftigkeit....

Bert Steingötter in der AZ vom 18.5.1990, Seite 12

Ein Rätsel ist gelöst, ein neues tut sich auf:

Ich weiß nicht, warum es sich noch nicht bis zu Herrn Steingötter herumgesprochen hat, daß Sexualverbrechen nichts mit "erhöhter sexueller Triebhaftigkeit" zu tun haben und auch nichts mit "normaler sexueller Triebhaftigkeit". Bis auf ganz wenige Ausnahmen von geistesgestörten Tätern handelt es sich um "normale" Männer, die nicht sexuelle "Nöte" (was immer das auch sein mag), sondern Verlangen nach Machtausübung und Gewaltanwendung haben. "Angeturnt" werden sie von Pornofilmen, frauenfeindlicher Werbung und dem allgemeinen sexistischem Klima, das im Patriarchat, in dem wir uns, wie vielleicht auch Hr. Steingötter schon bemerkt haben dürfte, befinden.

Im übrigen hätte ich nur allzugern gewußt, woran man die "erhöhte sexuelle Triebhaftigkeit" des Eduard S. bemerken hätte sollen. Vielleicht daran, daß er seine Frau im Stiegenhaus vergewaltigt anstatt im ehelichen Schlafzimmer?

**Anmerkung des TATblatts:** Bert Steingötter wurde im April dieses Jahres für "seine hervorragende Lokalberichterstattung" vom Wiener Polizeipräsidenten Bögl ausgezeichnet.. ●

## ZeugInnen, Tonband- oder Video-Mitschnitte....

(G. Ruiss)

...seiner Wortmeldungen am "runden Tisch" anlässlich der Demonstration gegen den Opernball am 22.2.1990 sucht Gerhard Ruiss. Tatsächlich ist nämlich niemanden der genaue Wortlaut seiner Aussagen, die von der "Kronzeitung" zur Einleitung eines Zivilrechtsverfahrens benutzt wurden, bekannt (siehe TATblatt minus 71). ZeugInnen sowie BesitzerInnen etwaiger Mitschnitte werden gebeten, sich zu melden (zB: bei uns).

Besondere Eile ist geboten, da Ruiss Einvernahme in dem, seine wirtschaftliche Existenz gefährdenden, Verfahren für den 19. Juni angesetzt ist. ●

Der Infoladen Wien hat sich reorganisiert und ein neues Konzept ausgearbeitet. Wir veröffentlichen es, weil wir denken, daß Veröffentlichung und Diskussion des Konzepts (z.B. bezüglich Realisierbarkeit der Vorhaben) ein erster Schritt der Umsetzung sein können.

Nur zur Information: George Jackson war ein Militanter des "black panther movement" und wurde im Verlauf einer Gefängnisrevolte von US-Nationalgardisten erschossen.

# Infoladen Wien: Neues Konzept

(infoladen wien)

unser ziel ist es, eine internationale revolutionäre bewegung zu entwickeln, um zu einem gemeinsamen praktischen kampf fähig zu werden.

um diese koordination unter uns wirklich herstellen zu können, müssen wir brauchbare strukturen entwickeln. dazu haben wir uns folgendes überlegt:

## lokal

jede stadt sollte ein organisierter kernpunkt sein, wo zwischen den einzelnen gruppen diskussionen und im idealfall gemeinsame strategien und gemeinsame praxis ausgearbeitet werden.

für wien haben wir ein konzept ausgearbeitet, an dem entlang weitergearbeitet wird:

- ein spezieller wien-verteiler, der die infos einer woche aus infoladen, rotstiltchen, tatblatt, flex, antifa ... sammelt und weiterleitet.
- unter verschiedenen (ml-, ausländischen-, soli-) gruppen kommunikation und koordination für aktionen, demos und diskussionen erleichtern.
- leute aus verschiedenen gruppen werden an einzelnen tagen die arbeit im infoladen übernehmen und den verteilern vorbereiten. es geht uns darum, einen raum für kommunikation zu schaffen.
- wir planen ein info-cafe (ab juni 90), wo dann regelmäßig videos, gute musikkassetten (kein kommerz) und postkarten zu kaufen, bücher und broschüren zu bestellen sind und wo mensch jederzeit mal reinschauen und schmökern kann.

## regional

regionale strukturen sind strukturen, die sich aufgrund von örtlicher nähe bilden, nicht jedoch innerhalb von staatsgrenzen. alle projekte der schweine sind länderübergreifend, auch wenn es meistens nicht so offensichtlich ist. regionaler widerstand muß sich da über die staatsgrenzen hinweg unterstützen. regionale strukturen sind hauptsächlich deshalb notwendig, weils für mehr leute möglich ist, 100 km weit zu fahren als 2000.

praktische schritte von uns zum aufbau regionaler strukturen:

— regionaler verteilern. zunächst schicken wir einmal die sachen aus, die in wien passieren und die wir über die internationale struktur bekommen. wichtig ist aber, daß wir von euch infos und diskussionsbei-

träge bekommen, die wir in den verteilern geben können!

—infoladen-regional-treffen. wir denken da an ein treffen gemeinsam mit il's aus der schweiz und dem süden der brd. erweitern sollte sich das regional-treffen noch um nord-italien, tschecho-slowakei, ungarn, nord-jugoslawien.

## international

wir brauchen die organisierung von gemeinsamen internationalen diskussionen, um praktische erfahrungen auszutauschen, die verschiedenen erfahrungen zu

länder erweitern.

als nächster praktischer schritt über den info-austausch und die treffen hinaus gibt es das projekt einer internationalen zeitung (dazu mehr im bericht über das letzte il-treffen).

## aus einem papier der roten brigaden, italien:

george jackson sagt: 'connection, connection, connection, was bedeutet: bewegung, internationale koordination, bewußtsein, gemeinsamer kampf'. also die bestim-



INFOLADEN Wien; 1050, Margareten Gürtel 122-124 | 1 | Keller; Telefon: (0222) 54 23 07

analysieren, die verbindungen und gemeinsamkeiten in erolgen und fehlern zu erkennen und aus diesen analysen die nächsten praktischen schritte gemeinsam bestimmen zu können.

gerade die erfahrungen der befreiungskämpfe der letzten 20 jahre haben gezeigt, daß sich ein volk allein gegen den imperialismus nicht durchsetzen kann. in den metropolen hat sich gezeigt, daß die einzelnen sozialen kämpfe und bewegungen in den verschiedenen ländern ohne verbindungen zueinander und ohne bestimmung eines gemeinsamen angriffs gegen den imperialismus immer wieder scheitern und ihre ziele nicht durchsetzen konnten (häuserkampf, anti-akw, ...).

der il-wien ist am aufbau einer internationalen infoladenstruktur beteiligt. diese struktur besteht aus einem verteilersystem und regelmäßigen treffen der infoläden. bis jetzt sind infoläden aus der schweiz, niederlande, dänemark, schweden, norwegen und der brd an dieser struktur beteiligt.

momentan sind die internationalen infoladen-treffen auf dem stand, daß wir mit mehreren ländern über sprachgrenzen hinweg diskussionen führen und praktische erfahrungen sammeln. wenn das hinlänglich ist, dann sollen sich die treffen um weitere

der information/kommunikation als vehikel der zirkulation, der diffusion, der sozialisation, nicht nur der politischen diskussion und des revolutionären wissens, sondern auch der FÄHIGKEIT ZU KÄMPFEN und zu handeln. information ist macht, BEFREIUNG, KRIEG.

der raum der internationalistischen praxis deckt sich nicht mehr mit dem geografischem raum der nationalen realität, sondern mit dem immer dichter werdenden raum der INTERNATIONALEN SOZIALEN KOMMUNIKATION. .... dh. durch information, die gleichzeitig zirkulation von politischen thesen, von befreiungsprojekten, von konkreten kampfinhalten, von bedürfnissen, von kampferfahrung ist; information, die die fähigkeit bedeutet, das verhalten und die taktischen schritte des klassenfeindes und des imperialismus vorwegzunehmen; information, die kenntnis des territoriums, akkumulation des proletarischen wissens, also PROLETARISCHE WISSENSCHAFT ist; information, die ein bruch mit der revisionistischen logik der 'nationalen wege', überwindung von provinzialismus und nationalismus, begründung der revolutionären internationalen kooperation in der epoche der informatik und der roboter ist. ●

## Unglaubliche Zustände an Wiener Kunstschule

**Eklatanter Platzmangel, künstlerisch absolut inkompetenter Schulvorstand, kein anwesender Direktor.**

(SchülerInnenvertretung der Wiener Kunstschule/Chr.M.)

Die ungläublichen Zustände an der Wiener Kunstschule (Lazarettg. 27) gleichen einem Skandal. Die rund 250 StudentInnen, welche dort derzeit inskribiert sind, müssen die Räumlichkeiten und Unterrichtsstunden mit einer "Künstlerischen Volkshochschule" teilen. Da durch diese Koppelung KunstschülerInnen mit dem Ziel einer Berufsausbildung und VolkshochschülerInnen, die nur kurzfristig einen Hobbykurs besuchen wollen, unterrichtstechnisch vereint sind, ist jeder konstruktive Unterricht unmöglich.

Daraus resultiert auch der derzeitige schlechte Ruf der Schule, den StudentInnen und Lehrbeauftragte seit geraumer Zeit zu ändern versuchen, was ihnen auch langsam zu gelingen scheint.

Doch diese Bemühungen versucht man seitens des Schulvorstandes und der Schulleitung zu blockieren. Tonangebend ist hier der Präsident beider Schulen, Brigadier Roman Köchl, ein pensionierter Bundesheerbrigadier und ehemaliger ÖVP-Bezirksvorsteher, der die Schule mit einer Bundesheerkaserne zu verwechseln scheint und ein dementsprechend diktatorisches Regiment führt.

Auch ist der Direktor seit 2 Semestern nicht mehr gesehen worden (Krankenstand). Daher leitet die künstlerisch absolut inkompetente Sekretariatsangestellte Ingrid Schmid die Schule.

Im November letzten Jahres war das Faß für die StudentInnen voll und sie besetzten das Büro der zuständigen Vizebürgermeisterin Ingrid Smejkal, und nachdem nichts konkretes geschah, wurde im Februar das Historische Museum der Stadt Wien besetzt. Als auch darauf keine konstruktiven Reaktionen folgten besetzten KunstschülerInnen Ende April 3 Tage lang die Direktion der Schule.

Die von der SchülerInnenvertretung gestellten Forderungen lauten: Austausch des Schulvorstandes und der Schulleitung, Drittelparität (Administration, Lehrkörper, StudentInnen), eine räumliche Vergrößerung, und ein adäquater Schulbetrieb.

Weiters fordert man/frau Dr. Dieter Schrage (Kustos am Museum moderner Kunst) als neuen Direktor.

Frau Vizebürgermeisterin Smejkal

weist jedoch jede Verantwortung von sich. Die Kunstschule sei ein privater Verein und habe mit der Volkshochschule, die Volksbildungsressort ist, nichts zu tun. Welchem jedoch die KunstschülerInnen entgegenhalten, daß dies nur eine rechtliche Ausrede sei, da der Volkshochschulvorstand über die Kunstschule bestimmt, und somit auch Verantwortung trägt.,

In den kommenden Wochen hat

man/frau nun vor, einen neuen Direktor der Kunstschule zu bestellen. Letztendlich bleibt den StudentInnen wohl nur die Hoffnung, daß man/frau ihren Wunsch nach Dr. Schrage eingehend überprüft, und die Auswahlkriterien nach künstlerisch pädagogischer Qualifikation, und nicht nach partei- und freunderwirtschaftlichen Überlegungen festlegt. ●

## Service Civil International Selbstdarstellung

(SCI)

Der SCI arbeitet in 23 Ländern der Welt (hauptsächlich Asien und Europa) für die Idee der Völkerverständigung. 1922 entstanden, orientierte sich die Organisation nach den Erfahrungen des 1. Weltkrieges vor allem an aktiver Friedensarbeit. Leut aus verschiedenen Ländern sollten die Möglichkeit bekommen, einander bei einer gemeinsamen, freiwilligen, für andere Menschen nützlichen Arbeit kennenzulernen und somit gegenseitige Vorurteile abzubauen.

Diese Grundidee ist bis heute erhalten geblieben. Der SCI veranstaltet in jedem Jahr (v.a. im Sommer) in über 40 Ländern WORKCAMPs, die verschiedene alternative Projekte in den jeweiligen Ländern unterstützen. Für ca. drei Wochen leben Menschen verschiedener Nationen zusammen und arbeiten für Projekte, die sich zum größten Teil mit gesellschaftlichen Randgruppen (z.B. Behinderte, ethnische Gruppen, AusländerInnen, ...), bzw. mit gesellschaftskritischen Themen wie Ökologie, Feminismus, Antifaschismus, ... beschäftigen.

So ein Camp bietet verschiedene Möglichkeiten:

- Du kannst dich intensiv mit einem Thema, mit einem gesellschaftlichen Problem auseinandersetzen und lernst die Arbeit auch gleich in der Praxis kennen.

- Du lernst das Land, in dem du arbeitest, von einer interessanteren, aufschlußreicherer Seite kennen und triffst Menschen, die dir ohne jede Tourismusverzerrung Einblick in die politischen und sozialen Probleme ihres Landes geben können.

- Du begegnest Menschen aus verschiedenen Ländern (alle TeilnehmerInnen eines Camps kommen aus unterschiedlichen Ländern) und erfährst dadurch viel über andere Kulturen, über andere Menschen.

- Du lernst das Zusammenleben mit Menschen, die du nicht kennst, mit denen du aber in kurzer Zeit sehr viele wichtige Erfahrungen machen kannst.

- Wir in Österreich vermitteln einerseits Leute, die auf workcamps in andere Länder fahren wollen und organisieren andererseits diese Art der Unterstützung für Projekte in Österreich.

So haben wir in den letzten Jahren mit Projekten wie Frauenhäuser, Lernhilfen für ausländische Kinder, selbstverwaltete Kulturzentren, Behinderteninitiativen, der Homosexuelleninitiative, Bauernhöfe mit biologischem Landbau, usw. zusammengearbeitet und ihnen bei Renovierungsarbeiten, Kinderbetreuung, Öffentlichkeitsarbeit, ... — was immer gerade notwendig war — geholfen.

Und wir sind auch weiterhin auf der Suche nach Projekten, die diese Art von Hilfe gut gebrauchen können.

Genauso wie wir uns über jede/n freuen, der/die unsere Arbeit genauer kennenlernen, oder sogar bei uns mitarbeiten möchte!!!

Kontakt: SCI, 1010 Wien, Schottengasse 3a/1/4/59

Telefon: (0222)535 91 08

Vorbereitungstreffen für Workcamps: 6. Juni um 19 Uhr ebd ●

bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

**papierTIGER**  
Das andere Papier.

WIEN 1020 Springerg. 1 Tel. 2166305	WIEN 1070 Schottenfeldg. 53 Tel. 964307	GRAZ 8010 Glacisstr. 23 Tel. 832703	LINZ 4020 Waltherstr. 2 Tel. 283420
--	--	--	--

## Am 75. Jahrestag des Völkermordes, den die türkischen herrschenden Klassen an der armenischen Nation begangen, verurteilen wir die Schuldigen dieses Völkermordes !

(Flugblatt-Text)

Am 24. April 1915 begannen die türkischen herrschenden Klassen den Völkermord an der armenischen Nation, der eines der grausamsten Beispiele des Völkermordes ist.

Dieses Datum war der Beginn für einen nicht auszulöschenden Schandfleck in der türkischen Geschichte.

In der Lage, die der erste Weltkrieg geschaffen hatte, gingen die türkischen herrschenden Klassen von ihrem zuvor regional durchgeführten Völkermord, bei denen sie hunderttausende ArmenierInnen ermordet hatten, zu einem breitangelegten Völkermord mit dem Ziel die "Armenierfrage endgültig zu lösen" d.h. die armenische Nation in den osmanisch/türkischen Staatsgrenzen insgesamt zu vernichten, über. Dieser Angriff WURDE UNTER DEM VORWAND EINER "DEPORTATION", d.h. einer "Umsiedlung" begonnen, dabei wurden diejenigen, die sich der Deportation zur Wehr setzten, umgebracht; die, die der Umsiedlung zustimmen und sich auf den Weg machten, wurden unterwegs umgebracht ...

Das Gesetz, das die Regierung damals herausgegeben hatte, wurde in einem Telegramm, das Taalat Pascha den Administratoren in Aleppo schrieb, so erläutert: "Die Regierung hat ein Gesetz erlassen, alle Armenier, die in der Türkei leben, zu vernichten. So grausam die Maßnahmen, die dazu ergriffen werden auch sein mögen, ihrer Existenz muß ein Ende bereitet werden. Es darf kein Unterschied nach Alter und Geschlecht gemacht werden, auf die Stimme des Gewissens darf nicht geachtet werden."

Das Ergebnis dieses Vorgehens war, daß nahezu 1,5 Millionen ArmenierInnen umgebracht wurden. Zehntausende konnten ihr Leben nur dadurch retten, daß sie in andere Länder flohen.

Der türkische faschistische Staat versucht heute das gleiche gegen die kurdische Nation. Die Antwort, die die ArmenierInnen auf ihren Aufstand gegen die Unterdrückung, Ausbeutung und Ungerechtigkeit erhielten, wollen sie heute auch auf den gerechten Aufstand der KurdInnen geben.

Die seit Jahren gestellte gerechte Forderung der ArmenierInnen, und insbesondere der nationalistischen armenischen Organisationen: "Der türkische Staat solle den Völkermord anerkennen", versucht der türkische faschistische Staat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zurückzuweisen, und versucht zu "beweisen, daß umgekehrt ein Völkermord (an den TürkInnen durch die ArmenierInnen; A.d.Ü) stattgefunden habe." Sie versuchen in verschiedenen Ländern eine Lobby zu bilden. Aber ihre Bemühungen sind

umsonst. Die Wahrheit kommt doch ans Licht!

Jeder weiß, daß gegen die armenische Nation ein gemeiner Völkermord verübt wurde, und Hitler sich diesen Völkermord als Beispiel für den Völkermord an den JüdInnen genommen hat. So hat Hitler auf einer Versammlung der Kommandanten des Heeres folgendes gesagt: "So habe ich ... meine Totenkopfverbände bereitgestellt mit dem Befehl, unbarmherzig und mitleidlos, Weib und Kind polnischer Abstammung und Sprache in den Tod zu schicken. Nur so gewinnen wir den Lebensraum, den wir brauchen. Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?"

Wie muß die Haltung der KommunistInnen aus der Türkei und Nord-Kurdistan zu diesem ersten geplanten und vom Staat organisierten Völkermord des 20. Jahrhunderts sein?

Zuallererst haben die KommunistInnen aus der Türkei und Nord-Kurdistan die Aufgabe, den Völkermord an der armenischen Nation, der einer der ekelhaftesten Praktizierungen des türkischen Chauvinismus ist, und die Verantwortlichen für diesen Völkermord zu entlarven. Wir Bolschewiki, die wir an diese Frage mit diesem Verständnis herangehen, haben auf der III. Konferenz der TKP/ML(B) zu dieser Frage folgendes Beschluß gefaßt:

Unsere Konferenz stellt fest, daß die "Armenienfrage" für uns mit allen Seiten noch nicht gelöst ist.

Daneben erklärt unsere Konferenz, daß folgendes für uns klar und eindeutig ist:

- daß das armenische Volk, die armenische Nation von den türkischen herrschenden Klassen massakriert wurde, ist eines der grausamsten Beispiele von Rassenvernichtung. Die richtige Haltung gegenüber dieser "historischen Ungerechtigkeit" ist für den gemeinsamen Klassenkampf des Proletariats aus der Türkei verschiedener Nationalitäten lebenswichtig.

Um heute die Spaltung des Proletariats aus der Türkei aufrechtzuerhalten, ist ideologisch die "Armenierfeindschaft" eines der Hauptkampfmittel des großtürkischen Chauvinismus.

- Auch heute wird das armenische Volk seitens der türkischen, faschistischen, herrschenden Klasse einer intensiven nationalen Unterdrückung ausgesetzt, und es wird versucht, diese — wie auch die anderen Minderheiten — insgesamt zu assimilieren.

- Unsere Konferenz verurteilt den Rassenmord, den die türkischen, faschistischen, herrschenden Klassen in der Geschichte an den ArmenierInnen verüben; sie verurteilt die aktuelle nationale Unterdrückung der ArmenierInnen durch den Staat der Türkischen Republik, der die Fortführung des Osmanischen Staates ist.

An diesen Punkten stellt sie die Entlarvung und Anprangerung der türkischen herrschenden Klassen und der Opportunisten-Revisionisten, die im Namen des Marxismus-Leninismus mit an der Schuld der herrschenden Klassen teilhaben, als Aufgabe vor uns.

- Unsere Konferenz ist dagegen, daß die Feststellung, daß die ArmenierInnen in der Türkei keine "Nation" bilden, so ausgelegt wird, daß die ArmenierInnen im Ausland, die in die Türkei zurückkehren und sich dort niederlassen wollen, dazu kein Recht haben. Unsere Konferenz erklärt, daß sie das Recht der ArmenierInnen der Türkei auf Rückkehr und Niederlassung in der Türkei *verteidigt*.

- Unsere Konferenz erklärt, daß auch an diesem Punkt so wie bei der gesamten nationalen Frage die tatsächliche Lösung in der Verwirklichung der Revolution unter der Führung des Proletariats besteht. (Aus: Wichtige Artikel aus Bolsevik Partizan, Nr.1, August 1986, "Die III. Konferenz der TKP-ML(B) hat stattgefunden", s.27/28)

Entsprechend diesem Beschluß haben wir uns die Aufgabe gestellt, diesen Völkermord der faschistischen, türkischen, herrschenden Klassen, die ekelhafte türkische chauvinistische Politik, die der faschistische türkische Staat in dieser Frage betreibt, als auch ihre rasenden Angriffe zur Vernichtung der kurdischen Nation, und ihre "Türkifizierungs"politik der nationalen Minderheiten, auf allen Gebieten zu entlarven. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, den faschistischen türkischen Staat durch die demokratische Revolution unter Führung der Arbeiterklasse dem Erdboden gleichzumachen. Wir erklären, daß ohne diese Aufgabe zu erfüllen, die kurdische Nation nicht die Möglichkeit hat, ihr Recht sich loszutrennen und einen eigenen Staat zu gründen, zu benutzen, und die nationalen Minderheiten nicht volle Gleichberechtigung erlangen zu können....

**TOD DEM FASCHISTISCHEN TÜRKISCHEN STAAT!**

**AM 75. JAHRESTAG DES VÖLKERMORDS AN DEN ARMENIERINNEN VERURTEILEN WIR DIE VERANTWORTLICHEN DIESES VÖLKERMORDS!**

**ES LEBE DAS RECHT DER KURDISCHEN NATION AUF LOSTRENNUNG UND EIGENE STAATSGRÜNDUNG!**

**GLEICHES RECHT FÜR ALLE NATIONALITÄTEN!**

**PROLETARIERINNEN UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!**

**DER BOLSCHEWISMUS WIRD SIEGEN!**

April 1990,

**TKP/ML(B) AUSLANDSBÜRO**

# Auch die BRD hat jetzt ihren rechtsstaatlichen Rassismus

Während in Österreich bereits im Feber eine Verschärfung der Gesetzgebung gegen Menschen aus anderen Staaten durchgezogen wurde – im Schnellverfahren –, wurden in der BRD bereits seit Herbst 1989 verschiedene Entwürfe lanciert. Auf Demos Ende März protestierten rund 30.000 Menschen gegen das BRD-Ausländergesetz. Trotzdem wurden die Verschärfungen nun durchgezogen: Am 26. April hat die Bundesregierung das neue Ausländergesetz im Bundestag (dem Parlament der BRD) durchgepeitscht – zusammen mit einem neuen Asylverfahrensgesetz –, das das seit 1965 geltende Recht ablösen und im Lauf der Dinge auch für die DDR gelten soll.

(TATblatt-Wien)

Letztlich beinhaltet das neue Gesetz die Fortschreibung des alten: nicht "mehr Rechtssicherheit", sondern mehr Ermessensspielräume für die staatlichen Organe zur Drangsalierung der in der BRD lebenden ArbeitsimmigrantInnen und Flüchtlinge; die "Integrationszusage" an die ImmigrantInnen der ersten und zweiten Generation wird mit zahlreichen Auflagen und Bedingungen versehen; und die erklärte

Absicht, den weiteren Zuzug von ImmigrantInnen zu stoppen und dabei die Flüchtlinge schon an der Einreise zu hindern, ist vollauf gelungen.

Schließlich sei die BRD "kein Einwanderungsland" und die Aufnahme von "Deutschen" aus der DDR und Osteuropa habe absoluten Vorrang. Das Ausländerrecht bleibt, was es ist: Ein im Kern rassistisches Gesetz, das Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit den Aufenthalt

in der BRD nur im Rahmen eines Gnadenaktes gestattet, wenn sie "die öffentlichen Interessen" der BRD nicht "beeinträchtigen", dem Kapital als billige Ware Arbeitskraft zur Verfügung stehen und dem Sozialsystem nicht zur Last fallen.

Wir dokumentieren dazu ein Flugblatt aus Frankfurt am Main, das den Stand von Ende April wiedergibt und eigentlich schon in der letzten Nummer erscheinen hätte sollen...

## Wir kommen! Wir sind da! Wir bleiben!

Am 26.4.90 wird der Regierungsentwurf für ein "neues Ausländergesetz" dem Bundestag vorgelegt. Am 11.5.90 soll dieser dann dem Bundesrat vorliegen und kurz darauf vom Bundespräsidenten unterzeichnet werden, damit wäre der Prozeß abgeschlossen, das "neue" Sondergesetz verabschiedet. Der Gesetzesentwurf ist zwar etwas verändert worden seit seinem Erscheinen, jedoch ändert dies nichts an der Tatsache, daß in der BRD weiterhin Menschen aufgrund ihres "nicht-deutschen" Blutes mit Sondergesetzen von Politik und Gesellschaft der BRD abgesondert werden. Zusätzlich werden diese Menschen noch in Kategorien unterteilt.

Innenminister Schäuble hat sich hierzu vier Aufenthaltstitel ausgedacht, wonach AusländerInnen der wirtschaftlichen und politischen Stellung ihres Herkunftslandes innerhalb der Weltwirtschaft [entsprechend] eingestuft werden. Grob teilt sich das folgendermaßen auf:

1. "Klasse": EG-AusländerInnen;
2. "Klasse": Nicht-EG, aber europäisch;
3. "Klasse": Nicht-EuropäerInnen;
4. "Klasse": staatlich nicht anerkannte Flüchtlinge.

Diese Politik soll zu einer Spaltung der ImmigrantInnen und Flüchtlinge untereinander und zu einer Abschaffung ihrer Solidarität zueinander führen. Andererseits

wird die Idee eines "vereinten" Europa verfolgt, in der der "freie" Fluß des Kapitals und die "optimale" Ausbeutung der Arbeitskräfte innerhalb der EG gefördert werden soll, während die Grenzen für Flüchtlinge dichter, wenn nicht gar zu gemacht werden sollen. Es wird unterschieden zwischen "wirtschaftlichen" und "politischen" Flüchtlingen, dabei wird deutlich,

daß der Zusammenhang zwischen dem Reichtum der "hochindustrialisierten" und dem Elend, der Armut und der Kriege der Mittelmeerländer sowie der Völker der drei Kontinente (Afrika, Asien, Lateinamerika) verschwiegen wird.

Nicht nur die außenpolitischen Interessen der BRD spielen eine Rolle, sondern auch die innenpolitischen Entwicklungen.



Anachronismus eines "politischen" Festes: Professionell gefertigte Transparente mit Losungen, denen die Realität diametral widerspricht.

Was nicht heißt, daß es mit der "Ausländerfreundlichkeit" rund um Wien besser wäre...

Wir sehen einen direkten Zusammenhang zwischen der "Ausländerpolitik" der BRD und dem aufsteigenden deutschen Nationalismus.

Dem wird eine scheinbare Politik gegen Rassismus und für eine multikulturelle Gesellschaft entgegengestellt. Diese Politik von sogenannten Linken ist nicht effektiv geworden im Protest gegen den Regierungsentwurf. Außer der Frankfurter Erklärung zum Anti-Rassismus-Tag, welche an das Gewissen der (Bundes-? Anm.)Deutschen appelliert, die Nützlichkeit und Bereicherung der sogenannten ausländischen BürgerInnen anzuerkennen; oder der Profilierungsfestakte, zu Gunsten des multikulturellen Dezernats, kommt keine inhaltliche Kritik gegen jegliche "Ausländerpolitik". Auf der Abschlußkundgebung der Demonstration gegen Rassismus am 24.3.90 sprach sich die

je:

- Die Ausweisungsmöglichkeiten sind nahezu unbegrenzt.

- eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und eine Aufenthaltsberechtigung, die einen größeren Ausweisungsschutz verleihen, bekommt nur die/derjenige, die/der ua. "ausreichenden Wohnraum" nachweist. Bei der heutigen Wohnungsnot können viele diesen Nachweis nicht erbringen, zumal sie zuerst die Diskriminierten trifft.

- Notlagen wie Sozialbedürftigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit können zur Ausweisung führen.

- Die politische Betätigung von AusländerInnen soll durch Ausweisungsdrohungen eingengt und unterbunden werden. Dies bedeutet eine totale politische Entmündigung für AusländerInnen.

Frauen werden weiterhin doppelt disk-

riminiert:

- In dem Entwurf wird systematisch davon ausgegangen, daß die Ehen der ImmigrantInnen untereinander oder mit (Bundes-? Anm.)Deutschen Scheinehen sind. Deswegen wird der Begriff "häusliche Gemeinschaft" statt bisher "eheliche Gemeinschaft" eingeführt.

- Das eigenständige Aufenthaltsrecht für Frauen wird erst nach vier, nicht wie bisher nach drei Jahren gewährt.

Familienzusammenführung wird weiterhin eingeschränkt und behindert.

Die Bespitzelung der Nichtdeutschen wird zur "ersten deutschen BürgerInnenpflicht".

**Wir fordern:**

- Abschaffung aller Ausländergesetze! — Gleiche Rechte für alle!

- Recht auf politische Betätigung und das kommunale Wahlrecht als ersten Schritt zur politischen Gleichberechtigung.

- Uneingeschränktes Recht auf Asyl für alle Flüchtlinge

- Die Entkopplung der Staatsbürgerrechte von Herkunft und Blutsbande und die Schaffung der doppelten Staatsbürgerschaft.

In den Wochen vor dem 27.4.90 bis zum 11.5.90, den wir zum antirassistischen Kampftag erklärt haben, sollen verschiedene koordinierte Aktionen in den Städten Frankfurt, Darmstadt, Gießen, Kassel und Fulda stattfinden.

**GIS (Gruppe Internationaler StudentInnen) Uni Ffm Hessenweites Aktionsbündnis gegen Rassismus und Ausländergesetze**

*Eine ausführliche Analyse des novellierten BRD-Ausländerrechtes ist im Arbeiterkampf 318 vom 30. April 1990 zu finden. Aus diesem Artikel ist teilweise auch die in der Einleitung wiedergegebene (zugegebenermaßen polemische) Einschätzung entnommen. •*



Graffiti bei der "Zukunfts-Insel" am Wiener Donauinseldorf  
Das "SPÖ" wurde inzwischen übermalt...

Amtsleiterin des multikulturellen Amtes für eine "Staatsbürgerschaft ohne wenn und aber für alle Bürger, die hier zwei Jahre oder länger arbeiten (dh. Steuern zahlen!) — als volle Bürgerrechte" aus. Damit grenzte sie ImmigrantInnen und Flüchtlinge, die diesem Kriterium nicht entsprechen, aus. Sie sprach sich auch nicht eindeutig für eine Öffnung der Grenzen aus, im Gegenteil, sie propagierte eine kontrollierte Einwanderungspolitik. Unter solchen Umständen ist es umso wichtiger, unseren Protest weiter zu artikulieren. Dieser Protest richtet sich gegen diese Politik der Ausgrenzung und Deuschtlmelei und speziell gegen diesen Regierungsentwurf. Dieser Entwurf wird noch repressiver, noch einschränkender auf das Leben von uns AusländerInnen wirken. Nach ihm sollen die ausländischen BürgerInnen Menschen zweiter Klasse bleiben.

Der Aufenthalt der ausländischen BürgerInnen soll unsicher bleiben wie eh und

## Aussageverweigerung

Aussageverweigerung! Der Text zur Aussageverweigerung aus dem letzten TATblatt leitet auch eine gleichnamige Broschüre zum Thema ein, die ab sofort bei uns erhältlich ist. Das Thema, das zB 88/89 durch die Kampagne "Anna und Arthur halten's Maul" in aller Munde war, nicht in den Schubladen verschwinden zu lassen. Das Thema ist nach wie vor aktuell, eh klar!

Aus der Dreieinleitung zur dritten Auflage: "Die Texte, die wir auswählten, sind eine Mischung aus Theorie, Praxis und persönlichen Erlebnisberichten. Sie spiegeln Anspruch und Wirklichkeit wider, Ängste und Stärken, und sind vorwiegend Texte aus unserem Lebensraum, da sie am nächsten an unseren Lebensbedingungen sind." Zu Beiträgen aus der BRD und der Schweiz kommen aber auch solche aus Uruguay, El Salvador, Vietnam, dem Baskenland oder der USA.

Das Heft umfaßt 116 Seiten, ist übersichtlich gegliedert, und bei uns um saagenhafte öS 50, — zuzüglich Porto (12,50) erhältlich.

**Immer wenn Sie lila sehen, lohnt sich's ...**

# Feiern — Stören — Angreifen!

Nachfolgend dokumentieren wir ein Flugblatt zu den "PHANTOMENALEN ANTIKAPITALISTISCHEN AKTIONSTAGEN VOM 23. BIS 30. JUNI IN HAMBURG" aus ebendort. Es bezieht sich auf zwei, das Hamburger Stadtbild prägende Ereignisse der nächsten Zeit.

(Dokumentation)

## Einladung zu zwei kapitalen Festen

Sie wollen uns zwar nicht dabei haben, aber wir werden da sein:

- beim 30. Weltkongreß der Internationalen Handelskammer (ICC), zu dem sich vom 26. bis 28.6.90 mehr als 1.000 Kapitalisten, Manager & Politiker in Hamburg versammeln;
- bei der Premiere des Musicals "Das Phantom der Oper" am 26.6.90, wo die "Prominenz" aus Politik, Kultur und Wirtschaft für Eintrittspreise von 1.000 DM einen "Meilenstein" der Hamburger Standortpolitik beklatscht.

In diesen Tagen soll Hamburg ein Ort des Jubelns über die kapitalistische Neuordnung von Polen bis in die Stadtviertel der Großstädte hier sein. Wir werden ihnen die Stadt nicht überlassen. Wir wollen mit vielen Menschen aus Hamburg und anderswoher ein deutliches Zeichen unseres Widerstandes gegen ihre menschenverachtende Verwertungs politik setzen. Gegen ihre Kapitallogik bringen wir unsere Träume und unseren Kampf um befreites Leben auf die Straße — lebendig, vielfältig, phantasievoll, entschlossen.

Die ICC (International Chamber of Commerce) bezeichnet sich selbst als "die einzige weltumfassende private Organisation der Wirtschaft". Die Wirtschaftsform steht außer Frage: Die ICC "vertritt die ordnungspolitischen Prinzipien der Marktwirtschaft und des privaten Unternehmertums ..." (C.H. Illies, Hanseatischer Pfeffersack, Präsident der deutschen ICC-Gruppe und Vice der Handelskammer Hamburg). Der ICC gehören Handelskammern und Privatunternehmen aus 110 Staaten an, deren Einfluß sich nach ihrem jeweiligen Reichtum bemißt; zum Beispiel stellten beim letzten Weltkongreß 1987 in Neu Delhi ca. 20 Industrienationen über die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten. Der diesjährige Weltkongreß "findet nach 1937 in Berlin zum zweiten Mal in einer deutschen Stadt" statt, prahlt die Handelskammer Hamburg.

Die Rednerliste des Kongresses liest sich wie das who is who aus Wirtschaft und Politik: Giovanni Agnelli (Fiat und AC Turin), Michele Camdessus (IWF, Verschuldungsmanager), Pérez de Cuéllar (Weltabwiegler), Helmut Haussmann (Wirtschaftspudding), Henry Kissinger (Vietnamexperte), Helmut Kohl (Biedermann), Hilmar Kopper (folgt Herrhausen), Peter Möhrle (Hamburger Obergeldsack), Frank Popoff (Giftküchen-Chef, Dow Chemical), Helmut Schmidt (Oberschnacker), Hans Peter Stihl (Kettensäge, Unternehmerpräsident) und viele andere Kapitalherren und ihre Knechte, wie Vo-

scherau, Weizsäcker, Zimmermann...

"Die Ergebnisse des ICC-Kongresses", verspricht das Tagungsprogramm, "werden unmittelbare Auswirkungen auf die Wirtschaftsstrategie der 90er Jahre haben." Im Klartext: Es werden die günstigsten Bedingungen für die Ausplünderung der Länder der drei Kontinente Afrika, Asien, Lateinamerika, abgestimmt; die optimalen Organisationsformen für die Expansion des kapitalistischen Wirtschaftsraumes gen Osten festgeschrieben; die Neuformierung des europäischen Kapitals im Rahmen des EG-Binnenmarktes wird zum gemeinsamen Europäischen Haus umgelogen. Die inhaltlichen Positionen zu diesen Themen werden auf dem Kongreß weder entwickelt, noch diskutiert. Sie sind von langer Hand vorbereitet und werden auf der Tagung verkündet und propagiert.

Ein Beispiel für die laufende ICC-Arbeit: Durch erpresserische Drohungen ist es der ICC-Fachkommission für "Multinationale Unternehmen und Auslandsinvestitionen" gelungen, die Diskussion um einen geplanten Sanktionsbeschuß gegen das Apartheid-Regime in Südafrika im US-Kongreß massiv zugunsten der Rassisten zu beeinflussen. Die gleiche ICC-Kommission hat es durch intensive Intervention geschafft, eine für den UNO-Jahresbericht 1988 vorgesehene Kritik am Verhalten transnationaler Konzerne in der sog. Dritten Welt zu verhindern. Es ist Dauerbrenner dieser Kommission, den Staaten der drei Kontinente die Aubeutungsbedingungen der Multis aufzudrücken. Ähnliches wird für die RGW-Staaten auf dem Kongreß bei dem Generalthema "Osteuropa — Chancen für die Zukunft" abgehandelt. Unter dem Kongreß-Thema "Europa ohne Grenzen — Die Weltwirtschaft nach 1992" geht es ebenfalls um verstärkte Ausplünderung von Mensch und Natur, vor allem durch das europäische Kapital.

Gerade diese beiden Themen eignen sich besonders für den eigentlichen Zweck des Kongresses: Die Propaganda für die "Segnungen" der Marktwirtschaft, das Triumphgeschrei über den vermeintlichen Sieg des kapitalistischen Gesellschaftssystems und den Niedergang sozialistischer Staaten. Dieser Verblödungslitanei setzen wir unser Wissen und unsere Wut über die wirklichen "Erfolge" des Kapitalismus entgegen:

- die Versklavung ganzer Völker und den Tod von Millionen Menschen durch Hunger, Elend und imperialistischen Krieg;
- die globale Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen;
- die zunehmende Verarmung großer Be-

völkerungsteile in den Industriemetropolen, psychische Verelendung, Isolation, Vereinsamung, Konkurrenzdruck, Konsumterror.

Aber: Weltweit gibt es nicht nur ihre Realität, die Realität der Zerstörung von Natur und Menschen. Überall in der Welt gibt es Widerstand gegen die alltäglichen imperialistische und patriarchale Ausbeutung — ob in Kurdistan, wo der Kampf gegen die türkische Kolonisierung sich zu einem Volksaufstand entwickelt; ob in El Salvador, wo die Offensive der FMLN die Regierung zu Verhandlungen zwingt; ob in Palästina die Intifada oder in Spanien, wo Gefangene seit über 4 Monaten im Hungerstreik gegen Isolationshaftbedingungen sind, oder in den Metropolenstädten die Kämpfe um Häuser, gegen kapitalistische Umstrukturierung und Großprojekte. Dies alles ist die Realität, auf die wir uns beziehen und die wir mit den antikapitalistischen Aktionstagen weiterentwickeln wollen: hier bei uns, wo die menschenverachtenden Pläne ausgeheckt werden, wird es kein ruhiges Hinterland geben.

In rücksichtslosem Streben nach immer mehr Profit und Macht wird die Kapitalverwertung neu organisiert — Europa als Paradies für Multis und Banken. Das Europa der Kapitalisten und Bonzen richtet sich gegen uns — mit Sozialabbau, verstärkter Repression und Kontrolle, Isolation und Folter von Gefangenen, mehr unbezahlter Reproduktionsarbeit für Frauen, "Flexibilisierung" der Lohnarbeit, europaweiter Zerschlagung von Häuserprojekten, kapitalistischer Umstrukturierung der Produktion und der Städte.

"Hamburg als Drehscheibe des EG-Binnenmarktes nach Norden und Osten" (Voscherau) soll nach den Plänen von Senat und Wirtschaft bei dieser Neuorganisation eine wichtige Rolle spielen: Weniger profitable Bereiche (zB Werften) werden weg- bzw kleinrationalisiert, Unternehmen mit hohen Gewinnversprechen wie Mikroelektronik, Neue Medien, Gentechnologie, Freizeit, Tourismus und Kultur werden angelockt — neuen Betriebe, in denen überwiegend sog. Hochqualifizierte (auch Yuppies genannt) beschäftigt und hoch bezahlt werden.

Diese privilegierten, meist jüngeren Leute wollen in einer Stadt leben mit einem sog. weltstädtischen Flair. Zu diesem Flair gehören ua der Ausbau der Sportanlagen vom Rothenbaum bis zur Mehrzweckhalle, schicke und teure Einkaufs- und Freßpassagen, ein "attraktives" Kulturangebot von der Kleinkunstabühne bis zur Theaterfabrik "Phantom der Oper". Dazu gehört auch, daß diese Leute citynah wohnen in schön gestylten Hütten, für die sie auch

bereit sind, viel Geld zu bezahlen.

Auf dem kapitalistischen Wohnungsmarkt heißt das, daß vermehrt Wohnraum verknappt wird, die Preise für Wohnungen rapide steigen und Menschen mit geringem Einkommen an den Stadtrand oder in die Obdachlosigkeit gedrängt werden. Hierbei machen sich Hauseigentümer und Spekulanten goldene Nasen. Der Senat, seine Behörden und die Handelskammer Hamburg treiben diesen Prozeß voran (zB durch Ausschreibung von Sanierungsgebieten und Verkauf 1000er städtischer Wohnungen).

Auch der Bau des Phantomtheaters haben Senat und Handelskammer massiv gefördert. Insgesamt wurden in diesen Fastfood-Kulturtempel über 100 Millionen DM investiert, die durch täglichen Besuch von 2.000 ZuschauerInnen wieder eingespielt werden sollen. (äh, haut das so hin? In Ö-Reich spielen die Vereinigten Bühnen Wien trotz vollen Häusern ein Riesendefizit ein. Anm 1 Lehauer)

Mit allen, die das Premierenspektakel am 29.6. und der vorangehende Kapitalistenauflauf ebenso anwidert, wie uns, wollen wir den Pfeffersäcken ihre Feiern vermiesen. Gemeinsam wollen wir **antikapitalistische Aktionstage vom 23. bis 30.6.90** auf die Beine stellen, mit vielen Kleingruppenaktivitäten, Öffentlichkeits- und Störaktionen, Veranstaltungen, Festen und vielem mehr.

Klar ist, daß wir am 26.6 am Kongreß-Dinner in der Fischauktionshalle teilnehmen und am 29.6. zahlreich die Phantompremierengäste begrüßen.

Unser Widerstand hat in den letzten Jahren oft darunter gelitten, daß wir die verschiedenen Ausdrücke der Menschenverachtung getrennt voneinander an wichtigen Einzelpunkten bekämpft haben. Die Kämpfe für die Befreiung der Frauen, um Lebensmöglichkeiten in den Stadtteilen, für Rote Flora und Hafenstraße (nächster Prozeßtermin 2. Juli), gegen Isolation und für Zusammenlegung von Gefangenen gegen Umweltzerstörung, gegen Rassismus und für praktische internationale Solidarität standen und stehen immer wieder nebeneinander, statt zu einer gemeinsamen Kraft zu werden. Wir wollen, daß die Mobilisierung gegen ICC und Phantom-Premiere uns Ansätze bietet, zu einem Mehr an gemeinsamen Widerstand zu kommen.

*Plenum gegen ICC und Phantom* ●

Kontakt: Rote Flora, Schulterblatt 71, 2000 Hamburg 50

## Autonomer Antifaschismus in der DDR

(Autonome Antifa, Berlin/DDR, gekürzt)

Mit wachsender Besorgnis registrieren wir die zunehmenden Aktivitäten rechtsextremistischer Gruppierungen in der DDR. Mit der gleichen Besorgnis beobachten wir aber auch die rapide Vergrößerung des rechten Potentials in der Bevölkerung. Zeichen dafür ist auch das Entstehen immer neuer Organisationen, die eindeutig rechts stehen und sich ohne Einschränkungen in der Öffentlichkeit artikulieren können, die alte deutsche Ideale vertreten und damit eine erschreckend hohe Anzahl von BürgerInnen ansprechen.

Inzwischen weiß mensch auch, daß in allen größeren Städten der DDR Gruppierungen wie FAP (Freiheitliche Arbeiterpartei) existieren, ca. 8-10 Mitglieder haben und durch Kontakteleute Verbindung zueinander halten.

Auch die "Republikaner" sind DDR-weit, derzeit in mindestens 15 Kreisverbänden organisiert. Ob die Information über Mitgliederzahlen der Repts in Berlin/Hauptstadt den Tatsachen entsprechen (in Mahrzahn 800, Lichtenberg 200) müßte dringend überprüft werden.

Weiterhin gibt es gesicherte Informationen, daß sich ebenfalls DDR-weit seit langem eine Organisation formiert, die der westdeutschen Nationalistischen Front nahesteht. Diese Organisation beruft sich auf nationalrevolutionäre Traditionen, das beweisen Aussagen wie: "Wir sind für eine Volksgemeinschaft ohne Unterstützung von Kapital und Sozialismus; das 3. Reich war pseudonationalsozialistisch, da es durch das Kapital gestützt wurde." Die Nationalrevolutionäre verherrlichen arische Ideale und sind gegen AusländerInnen, um nur einiges zu nennen. Diese Organisation ist ebenfalls in allen größeren Städten präsent, in kleinen Gruppen, streng konspirativ, mit einem Info-System über Kontakteleute.

Das Bestehen rechtsextremer Gruppierungen und Organisationen, das Vorhandensein faschistischen Gedankenguts äußert sich nicht nur in zahlreichen Graffiti ("Hitler ist geil", "Unsere Ehre heißt Treue", "Laßt die Juden tanzen", Hakenkreuze usw.), sondern ist auch den sich häufenden Drohungen abzulesen, die den Antifas mündlich und schriftlich zugehen. Auch aus der Bevölkerung kommen Angriffe gegen antifaschistisch Denkende, so in Erfurt, wo sich diese Angriffe konkret gegen die Antifa und die Vereinigte Linke richteten, wozu Parteien wie der Demokratische Aufbruch und die CDU durch Hetze gegen diese Gruppen ein wesentliches beitrugen.

Aktionen von hiesigen Rechtsradikalen laufen seit Öffnung der Grenzen zum Beispiel auch in Westberlin, wo gewalttätige Faschos in Kreuzberg Türken zu "klatschen" pflegen.

In Sorge sind auch in der DDR viele ausländische ArbeiterInnen und StudentInnen, die sich immer mehr und offener angefeindet sehen. Der Rassismus unter der DDR-Bevölkerung nimmt immer mehr zu, AusländerInnen werden als "Prügelknaben der Nation" diskriminiert und nicht nur mit Worten, sondern oft genug auch tätlich angegriffen. Uns ist ein Fall bekannt, bei dem eine junge Äthiopierin in ihrer Wohnung überfallen und zusammengeschlagen wurde. Lateinamerikanische StudentInnen der Humboldt-Uni spielen bereits mit dem Gedanken der Rückkehr in ihre Heimat.

Bedrohlich erscheint uns auch weiterhin die Faschoszene in Weimar. Es kann nicht angehen, daß in der Stadt der deutschen Klassiker ganze Stadtteile von Neonazis terrorisiert werden, wobei Weimar nur ein Beispiel für das Vorhandensein einer massiven Bedrohung Andersdenkender durch Faschos darstellt und auch in anderen Städten ein Anwachsen der braunen Gefahr zu verzeichnen ist.

Wir sind erstaunt, wie wenig die Zollorgane unternehmen, um das Einsickern neofaschistischen Schriftgutes zu verhindern. Beängstigend ist die Vorstellung, daß es rechtsextremen Kräften ebenso leicht gemacht wird, sich zu bewaffnen.

Die Antifagruppen der DDR sind dabei ihre Arbeit zu koordinieren. Das ist erst in letzter Zeit in stärkerem, umfassendem Maße überhaupt möglich, da ebenso wie andere oppositionelle Gruppen auch die Antifas vor der "Wende" bei ihrer Arbeit, die überwiegend Aufklärungsarbeit war, stark behindert, kriminalisiert und mundtot gemacht wurden. Sogar die Kriminalpolizei wurde an Ermittlungen gegen Neonazis durch Regierung und Stasi-Nasi gehindert, die somit neofaschistischen Gruppen bei deren besserer Organisation und Strukturierung behilflich waren.

Wir brauchen jedoch keinen ritualisierenden Antifaschismus, wie er über Jahrzehnte verordnet wurde und die Entstehung eines neuen Faschismus beförderte.

Wir stehen links, sind prinzipiell gegen Gewaltverherrlichung, was aber nicht heißt, daß wir abwarten, bis mensch uns die Türen eintritt oder gezielt auf der Straße überfällt.

Zum Schluß einige Hinweise an alle antifaschistischen Gruppen in der DDR: Wir erachten es als blauäugig und naiv, als Kontaktadressen komplette private Anschriften und Telefonnummern zu veröffentlichen. Spätestens dann, wenn irgendein rechter Mob eure Wohnungen zerlegt und ihr im Krankenhaus wieder aufwacht, werdet ihr merken, was wir meinen. Darum unser Tip: Verwendet als Kontaktadressen Postschließfächer, neutrale Adressen bzw. neutrale Telefonnummern. Denkt immer daran: Der Feind schläft nicht. ●

# Herrschaftsseiten

## Über das Verhältnis von Macht und Widerstand

Der Versuch einer Analyse der Kommunikationsstrukturen in der Linken, aus immer wieder aktuellem Anlaß.

(2 Leut)

Verweisen Feststellungen und Argumentationen — vom "Ende der Aufklärung" bis zur "Krise der Linken" auch immer wieder auf die Problematik des fehlenden, mangelhaften, erfolglosen Widerstands, so habe ich doch selten eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Gründen solcher "verfehlten" Praxis gehört oder gelesen. Der Mangel an "Diskussionskultur" wird zwar hier und da beklagt. Auch erinnert sich wohl so manche/r andächtig schweigend daran, daß doch noch irgendwann von dem Ziel eines herrschaftsfreien Diskurses die Rede war. Zuweilen gesteht sogar noch eine/r, daß die angestrebte Widerständigkeit es auch verlange, daß man/frau einander zuhören können, aufeinander eingehen und sich überhaupt überlegen sollte, was, warum und wie man/frau selbst gerade etwas sagt, schreibt oder tut, respektive warum das andere machen oder eben nicht machen.

Was aber passiert mit solchen (Veränderungs-)Ansprüchen, wie lassen sie sich in die Praxis umsetzen? Blicken wir einmal auf das doch so naheliegende Beispiel der TATblatt-Diskussion Opernball-Extra, die zweifellos (wie das gesamte Zeitungsprojekt) als ein Versuch in Richtung Verständigung, Kommunikation, Solidarisierung zu verstehen war und ist. Allgemeinen Zuspruch konnte man/frau dieser Initiative entnehmen, zahlreiche Beiträge langten ein, viele verschiedene Ansätze wurden angehäuft, Stellungnahmen erfolgten, Vorschläge wurden gemacht, die unterschiedlichsten Zugänge vorgestellt. Aber was bot diese Ansammlung an Artikeln und Artikelchen schliesslich an (neuen) Ein- und Ansichten? Für mich unterschieden sie sich nur wenig von dem, was ich auch auf diversen Plena, Diskussionsveranstaltungen, Gruppenbesprechungen erlebt habe bzw. erlebe. Ein Haufen verschiedener, mehr oder weniger tiefergehender Mitteilungen, die, bei all ihrer tatsächlichen wie eingebildeten Differenz doch oft eines gemeinsam haben: die Arroganz der Abgrenzung, das identitätslogische Selbstverständnis des Einen (als Wahren)<sup>1</sup>, die Präpotenz, das man/frau selber eben das sprichwörtliche Gelbe vom Ei eröffne und nur dieser Beitrag auch wichtig sei. Warum sonst, wie auch das Tb-Kollektiv schließlich (in verständlicher Resignation) schmerzhaft feststellen musste, bezogen sich die Beiträge niemals aufeinander, entsponn sich nicht der Ansatz einer Diskussion, wurde Kommunikation durch blosse Feststellungen und einmalige Darlegungen suspendiert? Hat es niemand für wert befunden, war alles klar, gab es nichts hinzuzufügen, zu

entgegenen, weiterzudenken? War alles schon bekannt, interessierte man/frau sich vielleicht erst gar nicht für das, was andere zu sagen hatten, sondern nur für die eigene Darstellung?

Und gibt es da nicht, so frage ich weiter, in der Gestaltung und dem Verlauf diverser "offener" Plena, Streitgespräche, strategischer Besprechungen also der direkten, "lebendigen" Auseinandersetzung der verschiedenen Positionen und ihrer VertreterInnen gewisse Parallelen? Ist nicht die Art, zu reden, ohne etwas zu sagen, der Art, einfach nicht aufeinander einzugehen, sich zu übergehen, durchaus analog? Ist der Triumph des präpotenten Wortes, das sich politisch dünkt, ein allgemeiner? Ist das Übergehen, das Negieren der/der anderen im Postulieren des Eigenen nicht wahrhaft totalitär? Regiert nicht gerade dort die Arroganz und die eingebildete Besserwisseri, wo es um ein Überschreiten der eigenen (der persönlichen wie der Gruppen-) Grenzen geht? Greifen nicht dort "klassische" Machtpositionen Platz, wo es eigentlich um Ergänzung und Erweiterung, um eine gemeinsame (Aktions-)Front gehen sollte? Entscheiden nicht gerade dort präformierte Kämpfe, und in



Hierarchien eingebettete Vorurteile, wo es um Auseinandersetzung von Differenzen und ein Zusammenstreiten geht? Verkommt nicht schließlich alles zur bloßen Rhetorik, zur sophistischen Spiegelfechterei, wo das Den-Mund-Aufmachen und das Sagen-was-man/frau-denkt mit umfassender Verachtung und allgegenwärtiger Gewalt bestraft wird? Findet die Art, nicht zuzuhören, nicht aufeinander einzugehen, der/die andere/n klein-, lächerlich, fertig zu machen, nicht zu Wort kommen zu lassen oder die Art, zu personalisieren, und dem/der anderen seine Projektionen und Vorstellungen als allgemein verbindliche, allgemeingültige vorzuschreiben nicht in der Herrschaftsgeschichte bürgerlich-patriarchaler, kapitalistischer Manier seine festgeschriebenen Traditionen? Wenn es uns ("dem Widerstand" oder wie auch immer) bei allen Differenzen doch auch

um einen gemeinsamen Kampf gegen das Bestehende geht: warum macht dieser Kampf dann vor uns selbst, vor einem/einer selbst, vor "unserer" Gruppe halt, warum sind immer nur die anderen die Deppen/Deppinnen und warum wissen alle von allen anderen, was sie falsch machen — nur sie selbst machen alles super usw. und so fort?

Was mir abgeht, und worauf es mir im folgenden ankommt, ist ein aufmerksamer Blick darauf, wie die Macht innerhalb der linken Szene wirkt und welche Gestalten sie annimmt.

Worum es mir geht, ist eine kurze Untersuchung der Dialektik zwischen Herrschaft und Ohnmacht, eine Darlegung jener Verhaltens- und Verfahrensweisen, die als persönliches Verhalten zueinander, wie als allgemeine Form der Verständigung und gemeinsamen Organisation Widerstand zum destruktiven Akt der Einmauerung und Desorganisation macht. Es geht mir also um eine Art von Machtanalyse, um ein Erforschen dessen, wo und wie wir Macht (re-)produzieren.

Die Billigkeit erschreckt, mit der wir als integrierte Subjekte Herrschaft ständig neu erzeugen und perpetuieren: auch

durch die Art, uns mit vordefinierten Szenen, Anlässen und Schauplätzen, mit dem von oben vorgegebenen Wirkungskreis zufriedenzugeben. Die Reflexion der immer wieder neu zu treffenden bzw. getroffenen Entscheidungen über Platzverteilung und deren

Funktionen innerhalb der "Szene" ist dringend notwendig.<sup>2</sup>

Die Ausblendung dessen, daß mit der Ausbildung eines bestimmten Identitätsprofils (der Linken, der Autonomen, der Feministinnen) auch die Macht einzieht, scheint dem eigenen Selbstverständnis tief verwurzelt. Das Aufzeigen, wie jene Formen der versteckten und offensichtlichen, "realen" und symbolischen Herrschaft die den "Herren da oben" die Arbeit auf eine Weise abnehmen, wie sie es sich schöner nicht wünschen könnten.

Mein Anliegen ist es nun, die Wirkungsweisen der Macht anhand des Beispiels Kommunikation ein wenig näher zu erläutern. Ich möchte zeigen, wie es zustandekommen kann, daß Verständigung weniger der Befreiung, als vielmehr der Repression dient.

Die Einsicht ist so neu nicht, daß Herr-

schaft nicht nur als äußere Zwangsgewalt, sondern wesentlich durch Verinnerlichung unterdrückender und ausbeuterischer Strukturen wirkt, daß die Macht produktiv und anonym auf den Plan tritt und zwischen Repression und Rebellion in komplexen Widersprüchen von unten nach oben (re-)produziert wird.<sup>3</sup> Doch die Konsequenz, die Politisierung jener so oft verfeimten "Basis", gerade auch des so oft verfeimten "Persönlichen" Subjektiven, Individuellen, in dem die Macht strukturell ihren zentralen Ausgang nimmt, die "konkrete politische Analyse des Konkreten" (Marx) bleibt aus.

So verfestigt die Weigerung, eben jene Umgangsformen, denen ideologische Identitätsbildungen und damit Aus- und Abgrenzungen zugrunde liegen, zum Gegenstand einer politischen Analyse zu machen, jene "blinden Flecken" linker Theoriebildung, die auch die seltsam widerspruchsfrei fortlebende chauvinistische Praxis bestimmen. Mögen nun Gleichberechtigung, Emanzipation, Herrschaftslosigkeit oder Revolution mehr oder minder plakativ die idealen höchsten Ziele linker Widerstandsarbeit angeben, so nehmen die dazugehörigen Bewegungen realpolitisch doch weitgehend an den gegebenen Machtstrukturen teil. Diese Praxis schafft gesellschaftliche Hierarchien nicht ab, sondern bestärkt Autorität und aggressive Gewalt.

Statt der Dialektik zwischen einer breiten theoretischen Auseinandersetzung und ihrer radikalen Praxis zu folgen, verkommen Plena und Foren zu Spielwiesen derer, die sich ihre theoretischen Positionen um die Ohren hauen und daraus ihre gesellschaftliche Relevanz ableiten. Daß es kein lineares Praxiskonzept, nicht die Widerstandsstrategie für radikale linke Politik gibt, scheint nur allzu vielen immer noch nicht klar zu sein.<sup>4</sup>

Grundlegend ist dabei zweifellos die Besetzung der kommunikativen Prozesse mit Herrschaft, die Verflechtung von Verständigung und Macht. Die ideologische Abschaffung des Industrie- durch ein "postindustrielles Informations- und Kommunikationszeitalter" ist dafür symptomatisch. Sie verfolgt in der Verschleierung der sich real verschärfenden monopolkapitalistischen Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse jene Linie der Amputation der Kommunikation zum Monolog, die sich als "normale" Form der Sprache und des Sprechens allgemein etabliert.<sup>5</sup>

Es geht hierbei um eine Untersuchung, welche Auswirkungen monologische Strukturen und die damit zusammenhängenden, eindimensionalen Beziehungen für Widerstand, für eine lebendige Gegenkultur, für Aufklärung und Erkenntnis haben. Wenn Mitteilung, bloße Feststellung, frontale Belehrung mit Verständigung synonym und das endlose, monopolistische Reden mit immer verstärkterer Stimme zu einem schweigenden Publikum umfassend geworden ist, ist Kommunika-

tion längst zum Einbahnverkehr geworden, zur Übermittlung von (Selbst-)Darstellungen. Allein die rigide Abwertung des unmittelbaren Sich-Austauschens zum banalen Alltagsdiskurs hängt mit der strikten Kontrolle der Sprecherfunktion, mit der "Reifikation der Mitteilung auf Kosten des Rechts auf Austauschbarkeit der Kommunikationsrollen" zusammen.<sup>6</sup>

Diese Kontrolle und die damit einhergehende Enteignung des Einzelnen legt die Norm, des Mit- bzw. Gegeneinander fest und erklärt das Erstarrte zum "Natürlichen". Dieser Kommunikationsimperialismus aber ist kein zu vernachlässigendes "Überbauphänomen"; die als natürlich hypostasierten Monologformen im zwischenmenschlichen Handeln sichern vielmehr die Verwaltung der männlichen, bürgerlich-kapitalistischen Demokratie. Dem repräsentativen Sprechen liegt die Bevormundung und Entmündigung zugrunde. Die vorgegebene Struktur dieses (Mit-)Einander-Umgehens garantiert Passivität und Entpolitisierung, verhindert Kollektivität und Solidarität. Gehorsam, Untertänigkeit und Anpassung verlaufen genau über diesen Weg des Schweigens, des Nicht-Wahrnehmens und Verleugnens, der Akzeptanz dessen, was einem/einer angetan wird und was man/frau als Notwendigkeit gegenüber Sachzwängen rationalisiert. Den Schweigenden steht der/die Sprechende gegenüber, der/die seine/ihre Vorstellungen zur Darstellung bringt und sie zugleich als allgemein verbindliche festlegt. Staatliche wie privatwirtschaftliche Medien sind den monopolistischen Organisationen mit ihrer hierarchischen und autoritären Tradition in jeder Hinsicht eng verbunden. Sie halten die monologischen Strukturen "öffentlicher" Kommunikation, die gesellschaftlichen Differenzen fest: Sie fixieren die gesellschaftlichen Hierarchien der bürgerlichen Gesellschaft, die Wertungen, die Rollenaufteilung nach Geschlecht, Ethnizität und Klasse.

Vor diesem Hintergrund aber überschreitet das Erlebnis des angespannten Wartens, dieses bedrückenden Schweigens wie des immergleichen Redens der Wenigen, das im allgemeinen die "grossen" Plena bestimmt, die Grenze des Persönlichen und Zufälligen. Es wird zum politischen Problem einer Widerstandsbewegung, die sich eben nicht auf die klassische Ordnung einer sich als avantgardistisch verstehenden "leitenden" Partei und ihrer auserwählten FührerInnen, auf Lobbys und Interessensklüngel, sondern auf das Potential einer antiautoritären Bewegung beruft. Das Nicht-Beachten, Übergehen, Ausgrenzen der Sprech- und Sprach- als Denk- und Darstellungsproblematik als Grundlage jeden (politischen) Dialogs spinnt bestehende Unterdrückungsverhältnisse weiter, legt informell (Führungs- und Organisationsvor)Rechte und Ansprüche fest, fördert nicht Aufklärung, sondern hemmt sie, entfesselt nicht Aufbegehren, sondern beläßt es bei inneren

Hackeleien, kanalisiert Wut in die falschen Kanäle gegenseitiger Diskreditierung und Ablehnung. Anstatt Vielfalt und Differenz als politisches Potential eines dezentralisierten, radikalen Vorgehens in Theorie und Praxis zu erkennen, wird auf Machtpositionen der einzig wahren Erkenntnis und Aktion bestanden, erschöpft sich "Austausch" und "Gemeinsamkeit" in den personalisierenden wie anonymisierenden Strukturen von Fraktionskämpfen und Aktionskartellen. Vielleicht sollte man/frau in diesem Sinne einmal über Kommunikationsformen bzw. -normen nachdenken, die ideologisch vergesellschaftete Identitäten wie Männlichkeit, Bürgerlichkeit oder Nationalismus "blind" übernehmen und herrschaftskonform verwenden.

Ich halte es für unumgänglich, Kritik und (Selbst-)Reflexion auch als etwas zu verstehen und zu praktizieren, das die bestehenden Monopole des Widerstands, ihre versteckten und offenen autoritären Monolog- und Organisationsstrukturen und die lineare Progression eines Informations- und Diskussionsprogramms aufdeckt. Gerade das sollte wohl umso mehr lohnen, als die (rebellierende) Gegenbewegung eben nur allzu sehr in mehr oder weniger verfahrenen, harmlosen, durchschau- und kontrollierbaren Bahnen innerhalb bestehender Macht- bzw. Ohnmachtstrukturen verläuft. Denn unreflektierte Machtstrukturen in Widerstandsbewegungen degradieren Widerstand zu politischer Ohnmacht, verurteilen sie letztlich zu Harmlosigkeit und Resignation.

Das achtlose Übernehmen und Fortspinnen von Herrschaftsmustern, wie sie Kommunikation in unserem System durchdringen, desavouiert unser Handeln und Denken. Deswegen ist ihre Thematisierung so notwendig. Denn immer noch stehen Form und Inhalt in einer untrennbaren dialektischen Beziehung...●

#### Fußnoten:

1. Unter Identitätslogik verstehe ich jene Form der (Denk- und Sprach-)Ordnung, die Differenzen und Differenzierungen für nichtig erklärt und ihnen Eindeutigkeit und Übereinstimmung aufzwingt. Ein "identitätslogisches Selbstverständnis" folgt demnach genau jenem Schema der Identifikation und des Gleichmachens, das Anpassung erzwingt und Individualität nivelliert. (Historisch ist diese Identitätslogik dialektisch mit der gewaltsamen, materiellen, körperlichen Unterwerfung – der Frau unter den Mann, der Sklavinnen unter die Patrizier, die Aus- unter die InländerInnen etc. – unmittelbar verflochten) vgl. dazu Regina Becker-Schmidt: "Identitätslogik und Gewalt", in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 24, S.51.63.
2. Vgl. dazu Marianne Schullers Aufsatz: "Vergabe des Wissens: Notizen zum Verhältnis von 'weiblicher Intellektualität' und Macht", in: Frauen und Macht, Konkursbuch 24
3. vgl. v.a. Michel Foucault: Sexualität und Wahrheit, Überwachen und Strafen (beides Suhrkampaschenbücher) und v.a. Dispositive der Macht (Merve)
4. Dazu sei der WOZ-Artikel: "Pfeifen im schwarzen Wald. Autonome und radikale Linke suchen Orientierung" (WOZ Nr. 5, 2.2.90) empfohlen
5. Vgl. hierzu und im folgenden: Susanne Kappeler: Pornographie. Die Macht der Darstellung, Frauenoffensive 1989
6. Kappeler, S.211 Reifikation der Mitteilung meint in diesem Zusammenhang die Umwandlung des kommunikativen Prozesses in ein Ding: Bild, Text, Schrift, d.h. im weitesten Sinn die konkrete Ausdrucksform des sich zur gegenständlichen Ware verdinglichenden lebendigen Miteinander-Umgehens (bzw. -Sprechens)...

Wieder einmal neigt sich eine Nacht ihrem unvermeidbaren Ende zu. Es war eine dieser ruhigen, stillen Nächte, ohne besondere Vorkommnisse, ohne Gewalt, ohne Verbrechen,... Nicht einmal das doppelte Donauzentrum, das bei weitem meistbeanspruchteste Einkaufszentrum Wiens, brannte aus. Lediglich in einiger dieser unzähligen kleinen Wohnungen, mit den bestickten Vorhängen vor den Fenstern, nahm das traute Familienleben einen — meist schon gewohnt — qualvollschmerzlichen Verlauf — aber das sind doch wohl private Probleme. In den Tiefen der U-Bahnstation Schwedenplatz wurden drei Türken von Skinheads überfallen und zusammengeschlagen, konnten aber nach kurzer ambulanter Behandlung in polizeiliche Pflege übergeben werden — Bandenkrieg, was sonst? Eine bislang nicht identifizierte Leiche wurde nächst dem Alberner Hafen an Land geschwemmt. Sie dürfte in einem — wahrhaftig — halsbrecherischen Sprung von der Reichsbrücke unser Heimatland wieder einen kleinen Schritt näher an den entglittene Spitzenrang der Selbstmordstatistik geführt haben.

Während mit nahezu hundert Megahertz die ersten fröhlichen, ja unmunternden Worte des Ö3-Weckers über das Häusermeer der einstigen Haupt- nebst Residenzstadt und späteren Perle, Wien, streifen, werden vier BeamInnen eines behördlichen Observationstrupps vor der Wohnung von Isabella R. abgelöst. Isabella R. hatte bekanntlich in letzter Zeit wiederholt strafrechtlich unzulässige Handlungen revolutionärer Zielrichtung begangen. Freilich nicht alleine: vielmehr als Teil einer ganzen Gruppe, der zuletzt auch Anna M., Konrad H., Horst L. und Mathias N. angehörten. Ihr bisher folgenschwerstes Vergehen war die Beanschlagung eines — wie sie es nannten — Schweinekonzerns, im September des vergangenen Jahres. Wir haben mit der vorliegenden Krimiserie — wir erinnern uns — diesen entscheidenden Schlag gegen den Imperialismus nur knapp versäumt (vgl TATblatt minus 84).

Naja — wie auch immer: Der Kampf geht weiter. Und so bewegen wir uns auch heute wieder...

## Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des **MATHIAS N.**

### Folge 16: Schau genau

»betet für die, die euch verfolgen«  
(Mt 5,44)

»Der Schlag solls alle treffen!«, zischt Horst über sein Frühstücksbrot hinweg, sodaß regelrechte Wellen den guatemaltekischen Honig aufwühlen, ehe der solidarische Aufstrich am, dem Mund abgewandten, Ende der Brotschmitte blindlings überschwappt und hinuntertropft. Mathias hat Horst soeben erzählt, daß vor seiner Wohnung in letzter Zeit häufig ein verdächtiger Lieferwagen parkt, der wahrscheinlich ein Observationsfahrzeug, mit vielen fleißigen PolizeibeamInnen darin, sein dürfte.

Konzentriert rührt Mathias seinen Kaffee um, und meint dabei, mit dem Unterton gezwungener Beiläufigkeit: »Als ob i ned gnuä andere Sorgen hätt!« — »Hast du?«, fragt Horst nach. »M-h!«, antwortet Mathias, und nickt dabei ganz leicht. Er hat aber rechtzeitig vor dem »M-h« das Kaffeehäferl zum Mund gehoben, und begonnen daraus zu trinken, sodaß er eine ausführlichere Antwort nun leider hintanhalten muß. Bis er, nach großen schweren Schlucken, das Häferl endlich wieder absetzt, und so die Möglichkeit des Redens wiedererringt, hat er aber für sich längst stillschweigend das Thema gewechselt. Für eine ausführlichere Antwort sieht er keine Veranlassung mehr. Schließlich liegt die Frage inzwischen unendlich lange Schlücke und Augenblicke zurück. Jetzt noch zu antworten — das wäre ja absurd! Die Frage ist verfallen. So leid es ihm tut. Lang lebe der Formalfehler!

»Mia sollten uns alle möglichst rasch zammsetzen, und über die Observiererei quatschen. Aber auf kan Fall bei mir, klarerweis'. Bei der Isabella, hab i ma denkt, so wie die letzten Male auch. Außerdem hat sich die Isabella ja bislang nie irgendwo sonderlich exponiert, da is, glaub i, ka Gefahr, daß sie observiert wird, verstehst, und dann sollt ma uns überlegen, wie ma uns schützen können, verstehst. Aber ans muß ma auch aufpassen, nämlich wie ma uns treffen, da muß ma genau aufpassen,



daß uns de Kibara ned nachkumman, und uns...« Mathias Wortschwall nimmt die nächsten Minuten kein Ende nicht und zementiert durch Weisheiten, die für Horst eigentlich ohnehin nicht neu sind, das Thema. Aber — wie immer die Rahmenbedingungen auch liegen mögen —, *recht* hat Mathias, mit dem was er sagt. Trotzdem unterbricht ihn Horst schließlich: »Am Besten wird's sein, mia treffen uns überhaupt wo anders... mia machen uns jetzt was aus, und du gehst dann ham, und nimmst den ganzen Observationstrupp, der die verfolgt, wieder mit, und i geh nachher zur Isabella und sag ihr des, was mia uns ausg'macht haben, oder genauer g'sagt: i schreib's ihr auf. Sie soll dann zum Konrad geh, und zur Anna, oder so irgendwie, net?...« — »Guat. Und wo treff ma uns? Was schlagast vor?« — »Naja!«, sagt Horst und steht dann auf, um Schreibzeug zu holen, denn, wenn Mathias wirklich observiert wird, liegt die Vermutung nahe, daß auch dieses Gespräch abgehört werden könnte, weshalb er beim Vereinbaren des Treffpunkts tunlich Sorgsamkeit walten lassen möchte. Mit einem Blatt Papier und einem Filzstift, mit dem er beim Schreiben nicht aufdrücken muß, weshalb sich die Schrift auch nirgendwohin so leicht durchdrücken kann, kommt er schließlich zurück. Dann sagt er: »Wie wär's mit...« und schreibt auf den Zettel *Lainzer Tiergarten* auf, »und treffen könnt ma uns dazu...« *Bahnhof Hütteldorf*, »was manst?«

»Ersteres find i ganz nett. Letzteres ned!«, antwortet Mathias, »weil des is auch a...« Er schreibt mit seinen Fingern *U-Bahn-Station* in die Luft, begutachtet kurz Horst's Blick, der ihm verrät, daß er ihn verstanden hat, und spricht dann weiter: »und dort gibt's bekanntlich...« Er versucht durch Gestik eine Kamera darzustellen. »Verstehe!«, antwortet Horst und nickt dabei zustimmend, »obwohl, übertreiben brauch mas ah ned, find i, aber, is ja wurscht, hast scho recht. Is ja ned notwendig.« Dann schreibt er auf den Zettel *Endstation 52*. Mathias schüttelt seinen Kopf. Dann tippt er auf den 52er und gestikuliert, daß diese Nummer nicht stimmt. »Naja, des find ma noch raus! Aber sonst?« — »Ja, ist guat! Des Wetter sollt halt besser werden. Wenn's geht!« — »Ich tu, was ich kann.«

Nach einer kurzen Pause meint Horst: »Ans wär noch wichtig, aber des is eh klar...« Er fuchelt wie wild mit dem Finger herum. Mathias versteht aber nicht, was er damit ausdrücken möchte. Horst verzieht kurz das Gesicht, und erklärt dann: »Möglichst kompliziert hinfahren. Ganz oft umsteigen, und immer alle Leute genau anschauen. Dann tun sa'se mit dem Verfolgen schwerer, weil dir ja ned dauernd de gleiche Person nachfahren kann. Wennst also oft umsteigst, gengan ihnen entweder langsam die Leute aus, oder, falls sie sie nicht so oft austauschen, fällt dir die verfolgende Person vielleicht irgendwann amoi auf.

Obwohl: Verfolgen, des heißt sicherlich ned, daß sich der Observant oder die Observantin in der Bim immer in deine Nähe setzen. De fahren a mitn Auto voraus, und schau einfach bei de Stationen, ob du aussteigst oder ned, und wo du wieder einsteigst. Also wenn dir nix auffällt, haßt des freilich auch noch lange nicht, daß sie dich nicht beobachten.« —»Eh klar« —»Und nowas hams ned gern: Nimm an Fotoapparat mit, und tu viel fotografieren, vor allem Leute. Wenn sie Angst haben, auf a Foto draufzukommen, da werdens unter Umständen a bißerl panisch, daß enttarnt werden kunntaten und verziehen sich vielleicht,... oder sie werden enttarnt — des is dann aber ah ned schlecht.«

Horst nimmt den Zettel und geht damit in die Küche, die gleichzeitig auch das Vorzimmer der Wohnung ist. Dann zündet er ihn am Gasherd an, und wirft ihn in die Abwasch, wo er abseits des tropfenden Hahnes verglost. »An Tag und a Uhrzeit hätt ma uns no ausmachen soll'n.«, meint Mathias mit, in die Flammen gerichtetem Blick. —»Stimmt«, bestätigt Horst. Der Zettel windet sich inzwischen in der — im Angesicht der hohen Feuchtigkeit im Becken selbst um die Existenz ringenden — Flamme. Die geheimen Informationen gehen in Rauch auf. In gar nicht wenig Rauch. Plötzlich klopft es an der Tür. »Wer is des?« fragt Horst Mathias zugewandt, obwohl dieser es freilich noch viel weniger wissen kann, wie er selbst, aber Horst hat sich bei dieser Frage auch nicht allzuviel gedacht. Am allerwenigsten hat er von Mathias eine stichhaltige Antwort erwartet. Die Frage war bloße Gewohnheit. »Vielleicht die Feuerwehr?«, mutmaßt Mathias nichtsdestotrotz. Es klopft abermals.

»Post!« ruft eine rauchige Stimme draußen vor der Tür. Mathias begibt sich sicherheitshalber aus dem Blickfeld. Horst geht zur Tür, und erinnert sich, wie immer bei diesen Gelegenheiten, an sein altes Vorhaben, mal einen Türspion kaufen zu wollen. Bloß ein buntes Plakat zierte aber heutzutage — in Augenhöhe — die Tür: Ein Wolf und sieben Geißlein sind darauf abgebildet.

»Von den Geißlein lernen, heißt ein-fahren lernen!«, ist dazugeschmiert.

»An RSA-Brief hätt i da! Wanns ma bitte an Ausweis, und a Unterschrift, dodu, bitte.«

\*\*\*

Der Schlaf ist dem eben aufgewachten Konrad noch ins Gesicht geschrieben. Dabei hat er ohnehin fast nichts geschlafen. Seine Augen sind noch ganz verpickt. Dennoch führt ihn sein erster Weg nicht, so wie früher, in die Küche, dessen Abwaschbecken auch als Waschgelegenheit dienen, und wo während des Waschens auch schon der Kaffee so nebebenbei durch die Maschine tropfen kann, falls nicht ein anderer Mitbewohner der WG ohnehin schon welchen gekocht hat. Vielmehr will Konrad zuerst »seine« 8 kleinen

Mäuse versorgen, die er vor wenigen Tagen besorgt hat, und die nun unter seiner Obhut, in einem Käfig, ihre kärglichen Tage fristen.

Die Mäuschen streiten sich wie wild um das Futter, das ihnen Konrad in ein Schälchen im Käfig lehrt, so als ob sie die längste Zeit schon hätten Hunger leiden müssen. In Wirklichkeit hatten sie aber das, zuletzt gestern früh aufgefüllte, Futterschälchen nicht einmal noch zur Hälfte leer gefressen. Es ist, als würden sie zur Mahlzeit Konrads Gesellschaft regelrecht suchen. Konrad wertet dies als Zeichen von Sympathie, die die Tierchen ihm entgegenbringen, weshalb er auch nicht ansteht, gelegentlich sein Herz vor ihnen auszuschütten.

Lediglich ihre Gepflogenheit, mit dem Futter alles andere als sorgsam umzugehen, vielmehr es mitunter weit aus dem Käfig hinaus in Konrads Zimmer zu schleudern, gibt bisweilen Anlaß zu Zwie-tracht. BeamtInnen des Erkennungsdienstes wäre es ein leichtes, zu irgendeinem späteren Zeitpunkt, die hierortige Existenz dieser Mäuse nachzuweisen.

\*\*\*

»Bundesministerium für Inneres«, liest Horst den Absender des RSA-Briefes vor, ehe er ihn öffnet. Auch Mathias ist auf den Inhalt des behördlichen Schreibens gespannt. Seine politisch (naja) motivierte seelische Unruhe erlaubt es ihm aber nicht, ruhig dazusitzen und der Verlesung der Worte zu harren. Er vertreibt sich die, sich erschreckend erstreckenden, Sekunden mit dem Aufziehen eines kleinen, mechanischen Mäuschens, das, sobald es aufgezogen und losgelassen, lauthals ratternd durch das Zimmer flitzt, ehe es an irgendeinem mehr oder weniger unzugänglichen Eck wieder zum Stillstand kommt, wo es unter höchster Anstrengung von Mathias wieder geborgen wird, um erneut aufgezogen, losgelassen, gesucht und geborgen zu werden. Die Maus macht gerade die dritte Runde, wie Horst — eben mit dem Lesen des Briefes fertig geworden — sagt: »Es geht um den Akt!« —»Ah! Hast auch nachg'fragt g'habt, ob's an haben, von dir, die Stapos?« —»Klar!« —»Und?« Mathias birgt das Mäuschen, zieht es diesmal aber nur ganz langsam und leise auf, und blickt abwartend auf Horst. »Alles bestens! Kein Akt! Es liegt nichts vor von mir!« —»Ach nein!« —»Nein! Warum sollten sie denn lügen? Des heb i ma jetzt ganz genau auf! Und wenn's einmal kommen und sagen: 'Hausdurchsuchung', oder: 'Sie sind verhaftet', oder so, dann zeig i ihnen des, und sag 'Pardon, des muß a Irrtum sein, sie haben doch keinerlei Informationen über mich! Wiederschaun'« —»Da werdens schau! Da treibst du sie ganz schön in die Enge! Da kumms in Argumentationsnotstand, der seinesgleichen sucht!« —»Die werden dastehen und heulen. Und mit den Zähnen knirschen, werden sie! (vgl. Mt 13,42; 13,50; Anm.d.A.) Ich seh' schon das ganze Staatswesen bröckeln und zusammenbrechen! Anfragen! — das war

unser bisher raffiniertester Schachzug! Einfach Anfragen, damit hat wohl niemand gerechnet. Darauf waren sie einfach nicht eingestellt! Ha!« —»Schau aber trotzdem genau, ob im Kuvert auch nirgends eine Wanze versteckt ist!«

\*\*\*

»Da schau, da sans schon, die Wildschweine!« —»Du sollst nicht so abfällig über die Exekutive reden. Die tun nur ihre Arbeit. Ihre Pflicht!« —»Die schauen aber wirklich so aus, wie Wildschweine. Sie grunzen auch wie Wildschweine, bewegen sich wie Wildschweine, und wahrscheinlich schmecken sie auch wie Wildschweine!« —»Obelix-Komplex! Berufskrankheit in linksradikalen Zusammenhängen.« —»Aber da san wirklich Wildschweine.« —»Fang ma lieber an zum Quatschen. Wer weiß, wie lang des Wetter noch halt!«

Unbeschwert vor sich hinplaudernd durchstreifen unsere GenossInnen frohen, mitunter auch weniger frohen, Mutes den Lainzer Tiergarten, nachdem die letzten aus der Gruppe kaum fünfviertelstunden verspätet an den Treffpunkt, von dem sie gemeinsam losziehen wollten, gekommen waren. Wiederholt blicken sie um sich, ehe sie einmütig die Meinung erringen, nicht beschattet oder belauscht zu werden. Es dürfte ihnen gelungen sein, nicht nur alle etwaigen VerfolgerInnen abgeschüttelt zu haben, sondern darüberhinaus auch über eine Stunde unauffällig herumgestanden zu sein, ohne das bürgerInnenliche Auge alarmiert zu haben.

Während sie nun gemeinsam durch die Wälder des sogenannten Tiergartens ziehen, beginnt Isabella, die sich bisher eher stumm verhalten hatte, das Wort zu ergreifen: »I weiß jetzt zwar ned, warum ihr woll'n habts, daß ma uns da heute treffen, aber... habt's ihr heut' scho Zeitung g'lesen?« Die anderen verneinen und blicken neugierig zu ihr hinüber. Sie bleibt stehen, nimmt eine bürgerliche Tageszeitung hervor, schlägt sie auf und fragt dann weiter: »Kennts ihr an gewissen Jochen R.?« —»Den Rennfahrer, den verunfallten? Gott hab'ihn selig!« —»Na, a knapp dreißigjähriger Typ aus Kaisermühlen. Student, oder so.« Die GenossInnen werfen sich fragende Blicke zu. Dann schütteln sie die Köpfe. KeineR kennt ihn, diesen Jochen R. »I ah ned!«, sagt Isabella, »aber er soll verhaftet worden sein. Wegen....« Sie deutet auf das Foto, das neben dem Artikel über Jochen R. plaziert ist. Es zeigt das Gebäude des »Schweinekonzerns«, kurz nachdem es im letzten September von ihnen, von Isabella, Mathias, und all den anderen — nur Konrad war damals noch nicht dabei —, heimgesucht worden war. Die GenossInnen stecken ihre Köpfe zusammen und versuchen gleichzeitig, den Artikel zu lesen. »Oh, Nein!«, sagt Konrad. »Aueh!« sagt Horst. »Sauber!«, flucht Anna. Mathias ist es, als würde ihm schwarz vor den Augen.

●Fortsetzung folgt.

## Antifaschismus

Ich bin Antifaschistin. Was ist das? Was muß das in der jetzigen Situation bedeuten?

Ein LeserInnenbrief, der sich nicht nur auf im TATblatt formulierte Standpunkte bezieht.

Zuerst mal klarstellen, aus welcher Situation heraus ich schreibe: Ich bin "Inländerin", habe als offizielle Studentin momentan eine gesicherte Existenz und falle in meinem Aussehen nicht besonders auf, bin also nach außen hin nicht einer bestimmten Gruppe zuzuordnen. Ich bin also von gezielten Angriffen in Alltagssituationen erstmal nicht gefährdet, soweit ich als Frau von "nicht gefährdet" überhaupt sprechen kann.

Faschisten greifen Demos an, verprügeln Leute, die ihnen nicht ins Konzept passen, attackieren AusländerInnen, organisieren "Straßenkontrollen", säen durch ihr gewalttätiges Auftreten Angst, schüchtern uns ein, vertreten ihre faschistische Ideologie in der Öffentlichkeit mit immer mehr Selbstverständlichkeit, mit bestimmten provozierten Emotionen der "Volksseele", wie die "Angst vor Überfremdung", dem "Haß auf die Asozialen" wird verstärkt Politik gemacht (nicht einmal sog. "kommunistische" Blätter scheuen davor zurück).

Es wird eng. Die Bedrohung ist nicht mehr zu übersehen. Und wieder einmal stellt sich die Gewaltfrage, nur mit einer bitteren Verschärfung (die in Frauenzusammenhängen übrigens schon *immer* Realität war) — die Frage der Selbstverteidigung.

Aber einen "positiven" Aspekt scheint die Situation doch zu haben: Wir haben wieder einen konkreten Feind, gegen den sich all unsere Aggressionen unmittelbar praktisch umsetzen lassen: "Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft".

Ich stelle diese Eindeutigkeit in Frage, ohne mich deshalb prinzipiell gegen die Anwendung von Gewalt auszusprechen. Ich überlege nur, was es für Voraussetzungen braucht, um eine produktive Diskussion zu diesem Thema zu führen, aus der dann auch eine effiziente Praxis entstehen kann. Grundsätzlich ist für mich dabei ein differenziertes Verhältnis zur Gewalt an sich, das erwarte ich mir von AntifaschistInnen. Denn Gewalt kann nicht *einfach* ein Mittel sein, bei dem es nur darauf ankommt, wer es benützt. Das auf jeden Fall ist der Ausgangspunkt meiner Überlegungen.

50 OpernballdemonstrantInnen laufen vor 6 Skins davon und überlassen die, die nicht so schnell laufen können ihrem Schicksal (was mittlerweile nicht mehr nur Bullenknüppel, sondern auch Stichwunden von Skinmessern bedeuten kann). Das kann nicht richtig sein, auch wenn ich die Angst verstehe und sie im Grunde ja sympathisch finde.

Einige haben aus den Erfahrungen der Opernballdemo gelernt und sich auf die nächsten Angriffe besser vorbereitet. Auf der Demo vom 20.4. konnten die Skins zwar noch in die Demo rein, ihre Provokation blieb aber nicht unbeantwortet. Einer von ihnen wurde krankenhauserreif geschlagen und blieb blutüberströmt am Boden liegen (TATblatt vom

24.4.).

Zuerst hat mich diese Brutalität abgestoßen, nicht, weil mir der Kerl leid getan hat, sondern einfach, weil ich mir nicht vorstellen kann, auf jemanden, der bereits am Boden liegt und sich nicht mehr wehrt, weiter einzutreten, sei meine Wut auch noch so berechtigt.

Auf dem Krätzfest im Einsiedlerpark, als die Gefahr eines Skinangriffs wieder bestand, sie aber nicht kamen, wurde mir klar, daß ein entschlossenes, auch brutales Auftreten unsererseits, auch wenn es sonst nichts löst, so doch zumindest die Schweine abschreckt, so einfach auf uns loszugehen — also die Leute auf diesem Fest konkret schützt. "Erfreulich", so wie es im TATblatt zur 20.4.-Demo stand, kann ich daran aber trotzdem nichts finden und ich finde auch jegliche Genugtuung in Richtung "jetzt haben wir es ihnen aber gezeigt" ziemlich unangebracht.

Ich halte es für richtig und notwendig, Faschisten in Ausübung ihrer vermeintlichen Macht anzugreifen, also zB, wenn sie in der Innenstadt "Straßensperrn" errichten, um zu kontrollieren, wer Ausländer ist und wer nicht. Denn es darf nicht sein, daß sowas in Wien passiert, solange wir genug Leute sind, um das zu verhindern. Dafür halte ich es auch wichtig, zu lernen, die Angst zu überwinden, um unter Umständen zuschlagen zu können und so verstehe ich auch die "Organisierung von praktischer Selbsthilfe und Gegenwehr, die solidarische Unterstützung Betroffener" (TATblatt 24.4.).

Wenn ABER die Überlegungen so weit gehen, Skins in ihren Lokalen, bzw auf Konzerten, bei denen sie sich treffen, "anzugreifen", dann drängen sich mir bestimmte Fragen auf:

1.) Die Frage der Dimension. Was ist wichtiger? "Die politische Aufklärung und Mobilisierung, um einer Breitenwirkung rassistischer und faschistischer Inhalte entgegenzutreten" (TATblatt 24.4.), oder die Konfrontation mit den erkennbaren Vertretern dieser Inhalte auf der Ebene "Wer ist stärker?" Oder haben wir so viel Kraft, um beides zu tun? Und was bringt dieses Zeigen von "körperlicher Überlegenheit" in Form eines Angriffs?

2.) Ist es nicht vielmehr so, daß mit dieser Konzentration auf die Frage "Wer ist stärker?" unsere eigentliche Unfähigkeit im Bezug auf Aufklärungsarbeit zugedeckt werden soll? Denn wer von uns geht denn in die Jugendzentren und Schulen, wer macht denn konkrete Stadtteilarbeit, wer stellt sich hin und diskutiert mit den potentiellen HaiderwählerInnen? Wo ist die kontinuierliche Zusammenarbeit mit ausländischen Gruppen? Diese Fragen sind alte Fragen.

3.) Ich denke, daß Gewalt immer nur ein notwendiges Übel sein kann und daß es deshalb wichtig ist, die Diskussion über Gewaltanwendung sehr ehrlich zu führen, uns über unsere Beweggründe immer im Klaren zu sein, sie wirklich gezielt und überlegt einzusetzen und auch fähig zu sein, uns mit Kritik auseinanderzusetzen. Ingrid Strobl be-

schreibt in ihrem Buch den bewaffneten Kampf von Frauen gegen den Faschismus. Allen war klar, daß die Gewalt, die sie anwenden, auch sie selbst und ihr Leben verändert, aber sie sahen die Notwendigkeit.

Ich unterstelle den heutigen Kämpfertypen (und da der herrschende Umgang mit Gewalt für mich einiges mit Patriarchat zu tun hat — genauere Erklärung bei Bedarf —, unterstelle ich es vor allem Männern), daß sie es GEIL finden, sich zu prügeln und "den Schweinen endlich mal zu zeigen, wer der Stärkere ist" — mit politischer Arbeit hat das für mich nicht mehr viel zu tun. Und weil so gerne Beispiele aus der BRD herangezogen werden, so möchte ich an die Diskussion in Berlin-West und Hamburg erinnern, die durch sogenannte "Antifa-Konzerte" aufgelöst wurde, bei denen irgendwelche superharten Kerle, Fahnen schwenkend extrem sexistische Parolen klopfen, im Namen des Antifaschismus (Let's Fuck the Nazis, usw.).

Diese Leute, die die Gewalt gegen Faschos als die reinste Form des antifaschistischen Widerstands ansehen, sprechen Leuten, die zB in Schulen Projekte zu "AusländerInnenfeindlichkeit" organisieren, oder Sozialarbeit mit isolierten Gruppen machen usw., jegliches politische Bewußtsein ab. Ich sage nicht, daß diese Initiativen DIE Lösung gegen den wachsenden Faschismus sind, aber ich halte die Arroganz, mit der jede Zusammenarbeit von vornherein ausgeschlossen wird, für ziemlich verfehlt. Aber auch dieses Problem ist alt.

Der antifaschistische Widerstand wird für viele immer mehr zum zentralen Punkt der politischen Arbeit. Ich würde mir wünschen, daß das ein Grund ist, die Diskussion breiter und offener zu führen. Das alles umfassende, widerspruchslöse Rezept für Widerstand gibt es nicht, was not tut, ist ein solidarisches Vorgehen, denn klar ist, daß es uns alle angeht.

Nach den Demonstrationen im Herbst gegen Irving hat sich die israelitische Kultusgemeinde vom Vorgehen der militanten AntifaschistInnen öffentlich distanziert. Der Konflikt ist bis heute nicht geklärt. Zwischen vielen ausländischen Gruppen und österreichischen AntifaschistInnen bestehen einige Differenzen, was das Engagement gegen Rassismus angeht. Auch diese werden nie wirklich diskutiert. So wurschtelt jede/r in seiner/ihrer Ecke und Haider sammelt inzwischen seine Stimmen.

Diese Überlegungen von mir sind keineswegs vollständig, geschweige denn umfassend. Vieles gehört sicher genauer gesagt, genauer erklärt, in manchem kann ich auch irren. Ich verstehe mein Schreiben als Diskussionsansatz, ich erhebe keinen Anspruch auf Absolutheit. Leute, die gerne klare Fronten haben, können mich gerne irgendwohin einreihen und mich dort auseinandernehmen, bis nichts mehr von meinen Gedanken übrigbleibt. Ich halte das nur nicht für sehr produktiv.

In diesem Sinne, B.

•

## "...DIE WAHRHEIT IST REVOLUTIONÄR.."

die reaktionen auf das von uns veröffentlichte interview mit kk haben uns gefreut, auch wenn neben solidarischer kritik auch einige prozionistische positionen vertreten wurden. denn offensichtlich gibt es jetzt eine diskussion zu palästina, dem heißen eisen der linken. diese diskussion muß weitergehen, aber es wär jetzt endlich mal an der zeit, den schönen worten taten folgen zu lassen — eine breite boykottbewegung gegen "israelische"(1) waren, und den tourismus nach "israel" wären ein guter anfang. diese boykottbewegung ist bereits international im laufen, am stärksten ist sie in palästina selbst (daher überschweben in letzter zeit vor allem jaffa orangen und zitronen die länder, wo es keine breite solibewegung gibt).

vorher wollen wir aber (ein resumee der bisherigen diskussion ziehen) auf die wichtigsten fragen und die schwersten vorwürfe nochmal kurz eingehen:

1. nationale befreiungsbewegungen und ihr nationalismus sind genau das gegenteil von chauvinismus, patriotismus in den metropole — nationalismus in den metropolen geht immer einher mit bejahung des imperialismus, rassismus und ist klar reaktionär. nationale bewegungen in der peripherie dienen der durchsetzung des selbstbestimmungsrechts der völker, dienen der befreiung vom imperialismus.

2. nie haben wir was anderes behauptet, als daß die reaktionären arabischen regimes bekämpft werden müssen, daß aber der hauptfeind in der region der zionismus ist; wenn diese regimes gegen die palästinenser vorgingen, dann stets unter der schirmherrschaft von zion./imperialismus.

3. unsere kritik an der führung der plo, damit haben wir nie hinter dem berg gehalten. aber nicht, weil wir als verwöhnte metropolinke den palästinensern vorschreiben wollen, wie sie ihre revolution führen sollen, sondern indem wir uns auf die immer noch gültige plo-charta(2) beziehen und weil wir wissen, daß die palästinensische revolution sehr viel weiter ist, als die clique um arafat. unser selbstverständnis als internationalisten ist es, in jedem land die fortschrittlichsten bewegungen zu unterstützen, das gilt für palästina, wie für libyen oder sonst wo (darin unterscheiden wir uns sehr von der mlpö, die befreiungsbewegungen prinzipiell ablehnen, die nicht die wahre lehre verkünden).

4. faschismus ist kein monopol einer bestimmten nation, kein relik, das allein den österreichern und deutschen als regierungsform vorbehalten war. faschismus ist nach wie vor aktuell als täglicher export in die peripherie. die diskussion, ob jetzt der deutsch — italienische faschismus brutaler als der französische in algerien, der chiles als der faschismus der zionisten, und ob die bezeichnung der einen diktatur als faschismus eine verharmlosung der noch brutaleren diktatur ist, diese diskussion ist pervers. das gleiche ist zu kzs zu sagen — ein leserbriefschreiber findet, wenn wir zu ansar (1,2,3) kzs sagen, würden wir buchenwald oder mauthausen verharmlosen(3). das zeugt nicht nur von der abgründlichkeit (in zukunft werden sie sagen: wer schon zu isohaft folter sagt, bagatellisiert die elektroshocks), sondern auch von einer ziemlichen unwissenheit darüber, was täglich in der peripherie passiert.

5. der sogenannte antisemitismus ist

auch in der arabischen region vorhanden, schreiben sie oder, daß es antijüdische hetze auch in osteuropa gegeben hat. damit meinen sie, hätten sie widerlegt, daß antisemitismus ein europäisches phänomen sei — so als entstünde rassismus im luftleeren raum und wäre nicht beliebter exportartikel des imperialismus(4). daß der zionismus selbst "antisemitismus" schürt, um juden zur auswanderung nach "israel" zu zwingen, hat vor allem in der arabischen welt traurige tradition(5).

6. jetzt wissen wir es also — wenn lenin das wort antisemitismus gebraucht, ist es legitimiert bis an aller revolutionen ende.... nicht zu vergessen, daß marx im kapital von negern und engels im ursprung der familie von wilden spricht. und wenn stalin von "tschuschn" gesprochen hätte, wäre das für viele wohl auch akzeptabel....

7. um unsere differenzen mit der mlpö halbwegs auf den punkt zu bringen, was auch die sympathisanten einschließt:

unser grundwiderspruch ist nach wie vor der widerspruch zwischen besitzenden und besitzlosen klassen, aber nicht mehr der hauptwiderspruch. das ist für uns der widerspruch zwischen metropole und peripherie, zwischen imperialismus und unterjochten völkern. die mlpö sieht die haupttriebkraft nach altem schema nach wie vor im industrieproletariat der metropole, und den hauptfeind im eigenen land. und für uns ist es natürlich auch so, daß wir da am intensivsten kämpfen, wo wir gerade leben, aber das könnte morgen schon dschibuti sein — in erster linie sind wir internationalist/inn/en. das mit dem hauptfeind erklärt auch, wieso für die mlpö im vergleich zum rassismus in österreich die vernichtung der palästinenser zur bagatelle verkommt und wieso sie nationale bewegungen der peripherie mit nationalistischen chauvinismus in den metropolen vergleichen. ihr dogma der klassengesellschaft in jedem land muß an "israel" scheitern, weil "israel" keine klassengesellschaft, sondern eine siedlerstruktur ist, in der jeder siedler ein baustein an der vertreibung der palästinenser ist. verzweifelt sucht die mlpö ein revolutionäres israelisches proletariat und genauso hartnäckig einen linkszionismus, den es so wenig gibt, wie ein nationalsozialismus sozialistisch war. und diffamieren dagegen die intifada als (wörtlich) "Tageskämpfe".

1947 schlug gromyko als erster der uno die teilung palästinas vor. das passierte noch während der amtsperiode ihrer heiligen kuh stalin — das heißt, die ablehnung von "israel" wäre auch verbunden mit der kritik an der politik der damaligen su, die dem zionistischen staat politische und militärische schützengeld leisteten. das fällt der mlpö sicher nicht leicht — bzw ein vertreter von ihnen hat auch mal in der diskussion verbraten, daß das doch gar keine so schlechte lösung sei (die teilung nach dem plan von 47).

plötzlich stehen sie auf ingrid stobl- die buchrezeption zu stobls "sag nie, du gehst den letzten weg" hat uns ein mlpö-vertreter in die hand gedrückt, ist wohl von der brd-schwesterpartei — "gegen die strömung". es stört sie fast überhaupt nicht, daß ingrid stalin hart kritisiert, ein umstand, den sie sonst nie akzeptieren würden und hier mit einer harmlosen kritik drüber wegschauen-

so dankbar sind sie, daß in dem buch von linkszionisten die rede ist, die im widerstand gegen den faschismus beteiligt waren.

dazu ist zu sagen, sie schreibt auch von widerstandsgruppen der alliierten, ohne einen kommentar über deren eigene imperialistische interessen zu verlieren. unumstritten waren auch zionisten an den ghettoaufständen beteiligt, wie überhaupt im antifaschistischen widerstand genauso wie christ- und sozialdemokraten, katholen und alliierte im bündnis mit kommunisten gekämpft haben. das problem, daß sich damals dem widerstand stellte, war, mit möglichst vielen kräften den deutschen faschismus zu bekämpfen. angesichts dieses hauptwiderstands waren die differenzen unter den bündnispartnern sekundär — es gibt aber auch beispiele, wo jüdische widerstandskämpferInnen zionistische judenräte liquidierten, weil diese mit den nazis kollaborierten.

8. die wesensgleichheit von faschismus und zionismus machen wir aber nicht bloß an der zusammenarbeit während der naziära fest-auch nicht am bündnis mit südafrika oder sonst einer reaktionären diktatur. die wesensgleichheit liegt in der ideologie selbst ("auserwähltes volk, das anderen völkern in der welt überlegen ist" — "ein herrenvolk", wie ben gurion das nannte.), der rassistischen politik, die aus dieser ideologie abgeleitet ist, den davon abgeleiteten eroberungsansprüchen, und das alles im dienst des internationalen monopolkapitals.

9. wir behaupten, daß erst die pläne zur besiedlung palästinas da waren, in den köpfen der europäischen machthaber und großkapitalisten a la rothschild — dazu griffen sie auf die idee des siedlerkolonialismus zurück...im vergleich zu normalen söndern sind siedler zuverlässiger, da sie nicht nur gegen sold den besitz der imperialisten, sondern auch ihren "eigenen" eroberten boden verteidigen. und so wie jeder siedlerkolonialismus den dazugehörigen mythos, den ideologisch, religiösen background braucht (vergleiche mit südafrika, rhodesien, dem heutigen zimbabwe...), wurde der zionismus dazugeschneidert-herzl wurde bezahlt-vorher war er als schmierensreiber des pariser nachtlebens immer für die assimilation der juden eingetreten...nicht die dreifußaffäre machte ihn zum zionisten, wie behauptet wird, sondern ein besuch von rothschild. im mlpö sympathisantenbrief wird der eindruck erweckt, sozialisten hätten den zionismus erfunden, und der sei dann nur von reichen juden mißbraucht worden — wir empfehlen, die anfangswerke des zionismus zu lesen- von humanismus ist da wenig zu merken, was die linkszionisten betrifft: unter den zionisten gibt es heute noch in den grundzügen des zionismus, eroberung palästinensischen bodens und den glauben auserwähltes volk zu sein, keine differenzen. (steht so da. anm.d.t.)

die zionisten wurden außer von den palästinensern, am heftigsten von jüdischen menschen angegriffen, sowohl von fortschrittlichen, die in ihren ländern den klassenkampf führten und nicht daran dachten, eine eigene nation auf grundlage der religion zu gründen, aber auch von orthodoxen, aus gründen eben der religion.

10. das erwähnte sowjetische antizioni-

# LeserInnenbriefe — Zionismus-Diskussion

stische komitee ist erstens nicht unsere einzige quelle über die zusammenarbeit von nazis und zionisten(6), zweitens sind das keine antisemiten. jüdische generäle, die im 2. weltkrieg gegen die nazis gekämpft haben, waren in diesem komitee. auf druck der usa wurde dieses komitee in rahmen von glasnost aufgelöst. die rassistische panjam-bewegung darf weiter agieren...

so, das reicht für heute mit hirnwiß — wer unterstützt unsere boykottbewegung? der findet uns jeden montag zwischen 16 und 20 uhr im infoladen, wenn du nichts mit uns machen willst, weil du uns für unsympathler und antisemiten hältst — boykottiere trotzdem "israel", waren, kibuzzim und strände.

*Autonome Palästina Gruppe*

ANKÜNDIGUNG: JEDEN MONTAG ZWI-

SCHEN 16 u. 20 SIND WELCHE VON DER AUTONOMEN PALÄSTINA GRUPPE IM INFOLADEN. WER SICH FÜR PALÄSTINA INTERESSIERT, IST HERZLICH EINGELADEN IN DEN INFOLADEN ZU KOMMEN.  
MARGARETENGÜRTEL 122-124,  
STIEGE 1, IM KELLER, Tel.: 54 23 07

## Fußnoten

1 jetzt kommt wieder der vorwurf, daß wir die angebliche "realität israel" unter anführungszeichen schreiben, wie springer die ddr — wir geben zu bedenken, daß springer einer der größten förderer der zionisten ist, und er "israel" nie unter anführungszeichen schreiben würde. aber ihr müßt ja schließlich selbst wissen, auf wen ihr euch bezieht

2 besonders die artikel 2, 8, 10, 28, 15

bezogen sich auf den bewaffneten kampf, die nichtanerkennung des zion. staates, die unteilbarkeit palästinas

3 vorletztes tatblatt (TATblatt minus 71, Anm. d. T.)

4 siehe letztes tatblatt (TATblatt minus 70)

5 vgl. uri avnerys bericht in "haolam Haseh", märz, 66 — zionisten legen eine bombe in einem jüdischen tempel in bagdad, um die juden zur emigration nach israel zu bewegen. der anschlag sollte den eindruck erwecken, daß den irak. juden antisemitische pogrome bevorstanden. opfer dieses anschlages gingen in tel aviv vor gericht und forderten schadenersatz von den zionisten. erich fried schrieb darüber in "höre israel: die hand", s. 80

6 im spiegel schreibt uri avnerys, besonders in den ausgaben nr. 48/1986 und 42/1983 öfters über den versuch

der stern-gruppe, mit den nazis zu kollaborieren, ein offiziell bekannter brief, der den alliierten in die hände fiel, dient ihm als beweis. avnery verschweigt aber als ehemaliger terrorist der irgun, daß seine gruppe (stern ist eine abspaltung, die noch extremer rechts stand und leute wie shamir beherbergte- wiederum eine abspaltung der stern war lechi, die shamir führte und die das massaker von deir yassin zu verantworten hat.) ebenfalls intensive kontakte mit den deutschen faschisten pflegte, ausbildungsmöglichkeiten in deutschland, etc. selbst die haganah, die während des krieges für die engländer kämpfte, hatte kontakte mit den deutschen faschisten. etwa traf sich 1937 der nazi hagen mit dem zionisten polkes in kairo. polkes lobte die deutsche judenpolitik. die jewish agency war die einzige nicht verbotene jüdische organisation in nazi-deutschland, in der "zentralstelle der auswanderungsbehörde" organisierten sie die emigration vor allem der reichen juden nach palästina. sie bestimmten, wer auswandern durfte und wer in die kzs ging, und sie wählten sicher nicht nach dem prinzip aus, soviel wie möglich zu retten, wie das die mlpo gern glauben möchte. diese zentralstelle war eine bank, wo emigranten ihr geld hinterlegen mußten und es erst in palästina zurückbekommen sollten.

weitere quellen:

klaus polkehn, the secret contacts zionist-nazi relations 1933-1941, in: journal of palestinian studies, vol.5, 1976,nr.3/4, s.74,

die rückkehr des behemoth, h. spehl (deutschland, israel und die palästinenser), freiburg 1978, (sonderdruck des ersten kapitels von: spätfolgen einer kleinbürgerinitiative)

dann gibt es noch ein buch der gups (paläst. studenten), "zusammenarbeit zionisten-nazis" — haben wir auch noch nicht entdeckt, wer kann uns helfen?

## zur Palästina-Diskussion

### Liebe TATblatt-Redaktion!

Nachdem die Diskussion um das Interview mit Karam Khella, um die von ihm und vor allem von der autonomen Palästina-Gruppe geäußerten antizionistischen Standpunkte schon wieder beendet scheint, sehe ich mich doch veranlaßt, einen LeserInnenbrief zu diesem Thema zu verfassen, vor allem, um einigen Ärger über das mangelnde Unterscheidungsvermögen und die seltsame Übereinstimmung einiger Thesen von AntizionistInnen mit dem, was die reaktionäre Pamjat-Bewegung zum Thema Zionismus und Imperialismus zu sagen hat, zum Ausdruck zu bringen. Ich bezweifle sehr, ob wirklich die Fronten so klar sind und klar ist, wo jede/r sich tatsächlich einreihet, wie die autonome Palästina-Gruppe (TATblatt minus 73) das so gerne hätte. Tatsächlich fürchte ich, daß das Weltbild mancher Antizionisten gar nicht so verschieden ist von dem, das Reaktionäre wie ein Herr Wassiljew haben, was die Neigung zur Vereinfachung und Paranoia betrifft.

Statt eine lange Abhandlung zu schreiben, erhebe ich einfach einen Vorwurf: In der Argumentation von K.K. (der, soweit mir bekannt ist, früher einmal vernünftiger argumentiert hat) und vor allem, was die autonome Palästina-Gruppe noch an Ausführungen hinzufügt, zeigt sich eine "Imperialismustheorie" reaktionären Zuschnitts mit folgenden Elementen:

- Gleichsetzung von Zionismus mit Nationalsozialismus
- Darstellung des Zionismus als aggressivste heute existierende Form des Imperialismus und gleichsam als seine "Speerspitze"
- Die Unterstellung einer weltweiten destabilisierenden Tätigkeit des Zionismus, einge-

schlossen die Förderung des Antisemitismus.

Ich möchte noch einmal unterstreichen, daß ich hier nichts unterstelle und nicht das Ziel verfolge, die Politik der israelischen Regierung und die Verbrechen der israelischen Armee zu relativieren, zu verharmlosen oder zu leugnen. Ich würde es begrüßen, wenn eine weltweite Solidaritätsbewegung mit dem palästinensischen Volk eine Förderung der progressiven Kräfte in Palästina und Israel bewirken könnte. Ich glaube aber nicht, daß auf Basis einer Ideologie, wie sie die autonome Palästina-Gruppe erkennen läßt, etwas Positives erreicht werden kann.

Die Unterstellung, Israel würde nach den Nürnberger Gesetzen definieren, wer Jude ist (TATblatt minus 72), diese Unterstellung ist wirklich das Letzte, zeugt von sachlicher Unkenntnis und illustriert sehr deutlich, daß ich hier, wie bereits gesagt, nichts unterstelle, sondern daß die Elemente einer reaktionären, der These von der "jüdischen Weltverschwörung" nahekommenen Ideologie für jede/n nachlesbar in den TATblättern minus 74 bis minus 72 zu finden sind.

### Anmerkung eines TATblättings:

Ich glaube auch nicht, daß Aussagen wie "das ist das Letzte" zur Entwicklung der Linken etwas Positives beitragen können. Zur Illustration: Natürlich definiert Israel nicht anhand der Nürnberger Rassengesetze, wer Jude ist. Das genaue Gegenteil ist der Fall.

Ich denke, daß es zu den wesentlichen Merkmalen praktisch aller Religionen (auf jeden Fall aller monotheistischen) gehört, daß sich deren AnhängerInnen als AnhängerInnen des einzig wahren Glaubens betrachten. Im

Judentum hat diese Annahme eine ganz besonders lange und ausgeprägte Geschichte. Eine Menschengruppe, die über Jahrtausende hinweg ihre vom Eingottglauben geprägte Gesellschaftsstruktur in einer rein polytheistischen Umgebung behaupten will, muß sich zwangsläufig sehr rigide gegenüber anderen (Glaubens-) Gruppen abgrenzen. Dies geschah in einer sehr scharfen dogmatischen Festlegung der Frage, wer eigentlich Jude sei (nämlich nur eine Person, deren Mutter jüdischen Glaubens war). Es geschah dies im Rahmen der Thora, also vor mehreren tausend Jahren.

Es bedarf nur wenig Verständnisses gerade unserer eigenen, vom Christentum durchsetzten Geschichte, um sich die Erstarrung jeglicher Art religiöser Dogmatik erklären zu können.

Der deutsche Faschismus hat sich quasi zur Durchführung des Massenmords an Menschen jüdischen Glaubens sowie derer Angehörigen (die sich vielleicht nicht zum Glauben bekannten) der jüdischen Religionsdogmatik (die dann auch im Zionismus aufgegangen ist) bedient, NICHT UMGEKEHRT!

Zu diesem Schluß gelange ich jedenfalls, wenn ich den Kopf schief halte und all das zusammenrinnen lasse, was aus Zeiten des seligen Religionsunterrichts noch übrig geblieben ist.

Die Aussagen der Palästina-Gruppe halte ich für das Ergebnis oberflächlicher Analyse und eines gewissen Hangs zur Vereinfachung komplizierter Vorgänge. Kein Phänomen, das nur ihr anzulasten ist! Das Ziel einer Diskussion sollte es sein, sich gegenseitig auf gemachte Fehler hinzuweisen und nicht, andere kollektiv für Volltrottel zu erklären. ●

## Noch einmal eine Stellungnahme aus dem TATblatt-Kollektivs (Wien) zur Palästina-Diskussion, aber auch zur LeserInnenbriefseite im allgemeinen:

In TATblatt Ausgabe minus 70 sind wir erstmals dazu übergegangen, einige LeserInnenbriefe nicht abzdrukken:

1. Einen, der scheinbar als Reaktion auf unsere gratis Probe-Abo-Aktion gekommen ist und uns pauschal Faschismus vorgeworfen hat, auf jeglichen Beleg dieser Behauptung aber verzichtete.

2. Zwei Reaktionen auf unseren Bericht über die Antifa-Demonstration am 20.4.; im ersten wurde gefordert, die Faschisten doch besser zu ignorieren, weil sie ja doch nichts als psychisch verletzte und verletzte Menschen sind, im anderen wurden angebliche TATblatt-Aussagen kritisiert, die völlig aus der Luft gegriffen waren. Ausschlaggebend für das Kippen war jedoch akuter Platzmangel, nicht irgendwelche Zensurgelüste.

3. Einen Beitrag zur Palästina-Diskussion, der sich inhaltlich direkt auf alle vorherigen Beiträge bezog, aber leider in Stichworten und Halbsätzen abgefaßt war und daher ohne ausführliche Erläuterung und Einleitung für jene, die nicht ständig alle bereits veröffentlichten Beiträge im Kopf haben, völlig unverständlich sein muß.

4. Einen extrem langen Brief einer "Oma" (Eigendefinition), der sehr freundlich das TATblatt in Grund und Boden kritisierte (unter anderem aufgrund fehlender Kontinuität bei der Belieferung der angegebenen Wiederverkaufsstellen).

In dieser Ausgabe stand "Kippen" wieder zur Diskussion: Den nun folgenden Beitrag wollten wir aus Gründen, die weiter unten zu lesen sind, nicht abdrucken. Wir haben uns nun entschieden, es doch zu tun und gleichzeitig festzustellen, daß es der letzte Beitrag zu dieser Art der Palästina-Diskussion ist, den wir veröffentlichen werden (vorbehaltlich eventuellen massenhaften LeserInnen-Protests).

Wir haben geschrieben, daß Diskussion nach Jahrzehnten der Diskussionslosigkeit erst wieder erlernt werden muß. Und daß wir dafür den Raum bieten wollen.....

Nun mußten wir aber feststellen, daß der Diskussionsraum in diesem Fall vornehmlich dazu benutzt wurde, anderen die eigene absolute Wahrheit reinzudrücken, die jeweils anderen mit Etiketten zu belegen, die jegliche Ebene sachlicher und zielgerichteter Argumentation weit hinter sich lassen. Den Vogel schießt unserer Ansicht nach der nun folgende Beitrag der Autonomen Palästina Gruppe ab. Ganz abgesehen davon, daß der faschistische Charakter des Zionismus tagtäglich quasi live im Fernsehen aller Welt vor Augen geführt wird; ganz abgesehen davon, daß auch wir FÜR einen organisierten Boykott israelischer Waren sind; ganz abgesehen von all dem bleibt uns angesichts der Wortwahl und der Präpotenz der Palästina

Gruppe in der Auseinandersetzung echt die Spucke weg.

Die Entscheidung für "Schluß der Debatte" fiel uns schon allein deshalb nicht sehr schwer, weil mit einer einzigen Ausnahme alle AutorInnen der von uns veröffentlichten Diskussionsbeiträge seit Jahren miteinander bekannt sind.

Interessierte sollen sich ihre gegenseitigen Antipathien in Zukunft ohne Umweg über das TATblatt persönlich an den Kopf werfen. Der dafür passende Ort ist am Ende des Beitrags der Palästina-Gruppe zu finden!

### Aber nunmehr zur Kritik des Beitrages:

Nationale Befreiungsbewegungen in der "Peripherie" scheinen nach Ansicht der Palästina-Gruppe prinzipiell gut zu sein. Auf eine genauere Definition des Begriffs "Befreiungsbewegung" wird aber in der Folge verzichtet. Dieser "Automatismus" erscheint uns als typisch für die Linie der Gruppe (Der Titel des Beitrags und das "Barrikadengedicht" aus TATblatt minus 71 sind da deutliche Indizien). Innerhalb der angeführten Logik könnte selbst die klerikal-faschistische "Organisation heiliger islamischer Krieg" zur Befreiungsbewegung werden: Sie ist auch hervorgegangen aus Massenkämpfen gegen imperialistische Mächte und führt diesen wirklich außerordentlich konsequent. Sogar so konsequent, daß sie fast den "Weltpolizisten" USA zeitweise in die Knie zu zwingen vermag. Außerdem verfügt sie in manchen Gebieten unlegbar über eine Massenbasis.

Wir unterstellen der Palästina Gruppe nicht, daß sie klerikal-faschistische Gruppen zu Befreiungsbewegungen macht (der Vorwurf wäre lächerlich). Wir glauben eben nur, daß mit Parolen und deterministischen "revolutionären Wahrheiten" kein Verständnis von komplexen gesellschaftlichen Strukturen, Realitäten und vor allem Kämpfen geschaffen werden kann.

Gleiches gilt für die Reklamation des wahren Hauptwiderspruchs.

Wenn es innerhalb des TATblatt-Kollektivs etwas Verbindendes gibt, dann ist es die Ablehnung jeglicher Form von Teilung in Haupt- und Nebenwidersprüche!

Da taucht ein Geist aus der Flasche auf, den wir, zumindest unter Autonomen, für endgültig überwunden gehalten haben. Den ersten Wunsch (etwa den Sieg im Befreiungskampf) und den zweiten (z.B. erfolgreicher Kampf gegen die nationale Bourgeoisie) mag er erfüllen, spätestens nach dem dritten (vielleicht die vorläufige soziale Absicherung) kommt der sichere Tod, vorexerziert am Beispiel des "real existierenden Sozialismus"<sup>ab</sup>. Frauen, Umwelt,...kommt alles später. Schließlich brauchen wir alle Kräfte und Ressourcen für den Aufbau der nationalen Industrie (nämlich die Kräfte der Kids, die

die Frauen produzieren sollen und die Ressourcen der Natur,...).

Hauptwiderspruch, wußte Lenin schon vor geraumer Zeit, ist eben jener zwischen Arbeit und Kapital, und sandte böse Briefe an Klara Zetkin, weil in von ihr organisierten Arbeiterinnentreffen das Verhältnis der Geschlechter zueinander besprochen wurde.

Die Theorie des Hauptwiderspruch teilt Kämpfe in wichtige (Zerschlagung des Kapitalismus oder eben nationale Befreiung vom Imperialismus) und nebensächliche (Zerschlagung des Patriarchats) und verleugnet so den inneren Zusammenhang von Kapitalismus und Männergesellschaft (und weil wir euch kennen, glauben wir, daß ihr das sicher nicht so gemeint haben könnt).

In diesem Zusammenhang wollen wir auch bemerken, daß wir, wie uns in einem LeserInnenbrief in TATblatt minus 71 vorgeworfen wurde, mit dem Begriff "Klasse" im klassischen Sinn wirklich absolut nix anfangen können. Dieser ist nämlich eng verbunden mit der Vorstellung von einer Arbeiterklasse (das I fehlt absichtlich), die Dank ihrer Stellung zu den Produktionsmitteln als einzige fähig ist, den Kapitalismus zu brechen. Unter dem Motto: wenn die Hackler nimmer wollen, nutzt gar nix; dann können sich die Kapitalisten heimgeignen lassen (=müssen sich über die Häuser haun) und der ewige Frühling bricht aus<sup>b</sup>.

Angesichts der Tatsache, daß dem sog. primären Sektor (der Grundstoffindustrie) in Österreich gerade noch heiße 25% der LohnarbeiterInnen zuzurechnen sind (während die Zahl der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten stetig zunimmt) und die Produktionsmittel (die stillstehen könnten, wenn die starken Arme es nur wollten) aufgrund ihrer katastrophalen ökologischen Auswirkungen auf die menschliche Existenz eigentlich völlig unabhängig jeglichen ArbeiterInnenarms SOFORT zum Stillstand gebracht werden müßten, kommen wir zum Schluß, daß dieser "Klassenbegriff" den Marsch zum Misthaufen der Geschichte angetreten hat und samt dazugehöriger Hauptwiderspruchstheorie dringendst ersetzt werden muß!<sup>c</sup>

Unser Ansatz: Nicht das Verhältnis zu den Produktionsmitteln ist entscheidend, sondern jenes zum bereits geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum (ohne Umweg über die Maschine). Dieses ist nämlich bei Arbeitslosen und Obdachlosen genau das selbe wie bei HeimarbeiterInnen.

Menschen, die sich aufgrund ihrer (relativen) Ausgeschlossenheit von der Möglichkeit sozialer, kultureller und intellektueller Entwicklung organisieren, können punktuell Strukturen von Gegenmacht bilden: Den Hausherrn am Kassieren der Miete hindern, die Polizei am Räumen von Bauplätzen oder an der Verfolgung von "Plünderern". Aus der

# LeserInnenbriefe — TATblatt-Stellungnahme

praktischen Fähigkeit, etwas zu verhindern, wächst die Notwendigkeit, neue Strukturen zu schaffen und zu verbinden. Eine "Strategie", die in den Ländern der sog. "3. Welt" ständig praktiziert wird.

Und das, was bürgerliche Ökonomen 2/3-Gesellschaft nennen, ist letztlich die Grenzziehung zwischen "Metropole" und "Peripherie" nicht mehr ausschließlich zwischen Industrieländern und sog. "3. Welt", sondern zunehmend auch innerhalb der Industrieländer selbst. Als Beleg wollen wir die "race-riots" von Brixton, die tausenden von Menschen, die während der Bau- und Vorbereitungsarbeiten für die Fußball-WM verletzt oder getötet worden sind, weil ihr Leben den Bauherren nichts Wert war und die große Zahl der erfrorenen Obdachlosen in Westeuropa anführen (selbstverständlich beschreiben wir das bloß als Tendenz; mit einem Giftgasangriff auf Halabja ist das so natürlich nicht auf eine Stufe zu stellen).

Von angeführtem Gedankengang ausgehend ist die Erörterung der Klassenstruktur Israels dann auch wenig sinnvoll. Wir wollen aber darauf hinweisen, daß die Logik, daß Zionismus eine Form des Faschismus ist und es daher innerhalb Israels keinerlei gesellschaftlichen Widersprüche geben kann, gleichzeitig zwingend bedeutet, daß es im dritten Reich keinerlei gesellschaftliche Konflikte gegeben haben kann. Eine Annahme, die keiner Überprüfung standhalten und daher jede Diskussion über den faschistischen Charakter des Zionismus nur auf ziellose Nebengleise führen würde.

Wir wollen auch noch die von der Palästina Gruppe gewählte Sprache kritisieren:

Das Bonmot mit Springer (siehe Fußnote 1) ist witzig; o.k., das werden wir verkraften.

Andere Formulierungen wollen wir nicht so einfach schlucken:

"Wir behaupten, daß erst die Pläne zur Besiedlung Palästinas da waren, in den Köpfen der europäischen Machthaber und Großkapitalisten a la Rothschild...."

"...Herzl wurde bezahlt, vorher war er ein Schmierensreiber".

Wenn ihr, liebe Frauen und Männer von der Palästina Gruppe, sehr viel Kraft darin investiert, den Zionismus als imperialistische Hilfskonstruktion zu entlarven und ihn inhaltlich von jedem zwingenden Zusammenhang mit dem jüdischen Glauben trennen wollt, wie kommt ihr dann, verdammt noch mal, eigentlich auf die Idee, hier gerade den Namen eines jüdischen Kapitalisten einzusetzen, wo es doch zu jener Zeit tausende und abertausende andere Kapitalisten gegeben hat und mindestens hundert, die einen ebensolchen Einfluß auf die Politik der europäischen Großmächte hatten wie Rothschild? Und wie kommt ihr auf die Idee, Herzl jenes Etikett umzuhängen, das Faschisten aller Couleurs jeweils ihren intellektuellen GegnerInnen vorbehalten?

Wenn ihr das wirklich als "Polemik" verstanden wissen wolltet (so wurde es in einer Diskussion bezeichnet), so habt ihr es wirklich so blöde wie nur irgend möglich ange stellt!

Anstelle politischen Bewußtseins fördert, ja fordert ihr richtiggehend den Vorwurf, eine faschistische Diktion zu benutzen. Dies umso mehr, als ihr es nicht einmal für notwendig

gehalten habt, euch gegen den Vorwurf, die gleiche Argumentation wie Irving und Faurisson zu benutzen (wenn ihr vom "Mythos Kollektivschuld" sprecht wie in TATblatt minus 72), zur Wehr zu setzen. Irving und Faurisson sind die wesentlichsten Vertreter des sog. "Revisionismus". Im Rahmen eines künstlich organisierten "Historikerstreits" (in Wahrheit ist es kein Streit zwischen HistorikerInnen, sondern eine gezielte Kampagne, in der nur Faschisten wie eben Irving zu Wort kommen) versuchen die "Revisionisten" (diesen Namen haben sie sich selbst gegeben), die "Revision" der angeblich von den Alliierten aufoktroierten Geschichtsschreibung zu erreichen. Mittels gefälschter Dokumente soll etwa belegt werden, daß es in deutschen Konzentrationslagern keine Gaskammern gegeben haben soll, daß Hitler mit Frankreich und England bereits 1941 Frieden schließen wollte usw. usf.

Ziel ist es, den deutschen Faschismus von der Schuld am 2. Weltkrieg zu entlasten.

Kernpunkt ist die Kritik an der "Kollektivschuld" der Deutschen. Ausgangspunkt ist dabei tatsächlich jener Begriff der Kollektivschuld, den u.a. Adenauer benutzte, um Gelder für Israel locker zu machen: Die Deutschen seien am Faschismus schuldig, also hätten sie die Kohle für den Aufbau Israels zur Verfügung zu stellen.

Von da an belasten sich die "Revisionisten" nicht mehr damit, irgendeine Unterscheidung zwischen jener Adenauerschen Geldbeschaffungsaktion und den Inhalten linker und fortschrittlicher Faschismusanalyse zu machen (es gibt da nur mehr den "Mythos Kollektivschuld")

Zwar ist der Begriff "Kollektivschuld" natürlich nicht gerade ein Ausbund an Prägnanz (schon gar nicht in einer solch komplexen Diskussion), aber wir können schon auch mit ihm was anfangen, wenn wir an die "Sozialfaschismustheorie" der KPD denken. Mit der Erklärung der "Sozialfaschisten" (der MitgliederInnen der SPD) zum Hauptfeind, überließ die KPD der NSDAP kampfflos jenen Raum, den sie zu ihrer Entwicklung benötigte. "Schuld" am Faschismus tragen daher viele Menschen, nicht nur aktive Nazis. Oder wie Klara Zetkin meint: "Der Faschismus ist die Strafe für die nicht gemachte Revolution" (es ist übrigens nicht so, daß wer von uns kürzlich ein Buch von Klara Zetkin gelesen hätte; aber das nur am Rande).

Wenn die Palästina-Gruppe jetzt ganz ähnlich den "Revisionisten" argumentiert, dann sicher nicht, weil sie heimliche Faschi-

stinnen sind (das zu behaupten, wäre absolut lächerlich). Ins Spiel gebracht haben wir diese Ähnlichkeit in der Argumentation, weil wir so auf unserer Ansicht nach unzulässige Vereinfachungen hinweisen und aufzeigen wollten, warum die Diskussion, die die Palästina-Gruppe zu entfachen sucht, so völlig schief läuft.

Wenn wir nicht bereit sind, bei EURER (!!!) Boykottbewegung mitzuarbeiten, dann nicht deshalb, weil wir eure Nasen oder Augen nicht schön genug finden (der Begriff "Unsympathler" ist uns schlichtweg unverständlich in diesem Zusammenhang), sondern weil wir keine Möglichkeit zu sehen, mit euch eine zielführende Diskussion zu führen. Trotzdem boykottieren wir Israel, Waren, Kibbuzim und Strände.....

Einige vom Wiener TATblatt-Kollektiv

PS.: Es gibt bisweilen schon Gründe, auf uns sauer zu sein. In der letzten Nummer rutschte uns eine Kurzmeldung in die Zeitung, die die Bezeichnung "prozionistisch" tatsächlich verdient. Unter der Überschrift "Israel" berichteten wir von Ereignissen in den besetzten Gebieten. PalästinenserInnen kamen in diesem Beitrag nicht als kämpfende Menschen, sondern als passiv leidende vor. Wir werden aus Fehlern lernen.....

<sup>a</sup> Es gibt da innerhalb der Redaktion eine kleine Unstimmigkeit darüber, ob als Allgemeinut angenommen werden kann, daß Flaschengeister immer zuerst drei Wünsche erfüllen, und dann die unglücklich beglückte Person abmurksen.

<sup>b</sup> Frauen finden in dieser "klassischen Lehre" nur gerade soviel Platz, wie sie ganz klassisch benötigen, um die revolutionäre Energie der vermeintlichen Träger der Revolution, die fast ausschließlich männliche Arbeiterschaft in der Grundstoffindustrie, immer und immer wieder herzustellen. Frauenorganisation gegen Frauenhaß und Sexismus, wovon alle Frauen unabhängig jeweiliger Klassenzugehörigkeit betroffen sind (also Organisation gegen das Patriarchat und damit gegen die strukturelle Grundlage des Kapitalismus) wird als spalterisch denunziert.

<sup>c</sup> Was aber nicht heißt, daß wir Charlie's "klassische Lehre" nicht als Ausgangspunkt der notwendigen politischen Weiterentwicklung ansehen.

## Noch einmal Ehy

oje, yhe, oho, und so ...

oje mann, mit woodstockplatten und so, das haut nicht hin mann, zerkratzt sind sie, kaputt mann, aber die haare, yhe, sie wachsen schon, mann, doch deine these, hye, von jesu und so, na die find'ich geil, war ich mir doch bis jetzt hundertprozentig sicher, daß ich früher einmal ein froch nur hätte sein können, aber jetzt ...

aber jetzt mal ganz ernst: warum so verkrampt?

nochwas: daß mich viele nicht ernst nehmen (hye mann, das leben ist doch ein spaß), das bin ich gewohnt, aber zum nach-vor-oder mitdenken, dazu reicht's aus — find'ich doch steil, nicht?

tschüs und liebe grüße, Franz Witzmann

P.S.: ich bin happy, mann, ich habe den pubertären scheiß überwunden — endlich kann ich ähnlich hochgeistiges von mir geben wie ehy-mann. fröhliches zerkugeln allerseits. ●

# WAS NUN?

(Lenin)

## Wien:

### • Mittwoch 6. 6.

SCI-Vorbereitungstreffen um 19 Uhr im SCI-Büro in Wien 1, Schocheng 3a/1/59

### • Mi 6.6.

im FLEX; Wien 12, Arndtstr.51  
22.00 h Murphy's Law (New York)

### • Mi 6. 6.

**Aktionstag gegen Sicherheitspolizeigesetz** (ausgerufen vom Komitee gegen das Sicherheitspolizeigesetz; genauere Angaben fehlen leider. Für etwaige Bekennerschriften steht unser Briefkasten gerne zur Verfügung)

### • Donnerstag 7. Juni

Rotstilchen Plenum wegen Widerstand gegen Räumung um 19.30 Uhr im Rotstilchen (nonanet) Wien 5, Margaretenstrae 99

### • Donnerstag 7. Juni

Sicherheitsstaat, Volkszählung, Datenschutz  
Podiumsdiskussion der ARGE DATEN und der Österreichischen Vereinigung Demokratischer Juristinnen  
mit J. Ladstätter (Statistisches Zentralamt), M. Matzka (BMfI), A.J. Nöhl (ÖVDJ), T. Prader (Anwalt), H.G. Zeger (ARGE DATEN)  
um 20 Uhr im Juridikum Wien 1, Schottenbastei 10-16

### • Samstag 9. Juni

#### 12. ARGUS-Rad-Stern-Fahrt

#### Route 1:

Pius Parsch Platz 13.55  
Heiligenstädterplatz 14.05  
Brigittaplatz 14.25

#### Route 2:

Kaisermühlen (U) 13.40  
Praterstern (Hauptallee) 14.00

#### Route 3:

Enkplatz 14.00  
Ziehrerplatz 14.20

#### Route 4:

Reumannplatz/Bucheng 14.10  
Ziehrerplatz 14.20

#### Route 5:

A. Baumgartnerstr/ Wohnparkstr 13.40  
Philadelphiar (U-Baracke) 14.00  
Bacherplatz/ Pannaschg 14.20

#### Route 6:

### • Fr 8.6.

in der ARENA; Baumgasse 10  
20.00 h das 2. Hot "BOILER" FEST mit  
Shudder to Think (Washington D.C.)

### Sink (London)

Target of Demand (Linz)

### Big Sip (Wien)

### Maische (Wien)

außerdem, bedingt durch das allgemein ausgebrochene Fußballfieber, Übertragung des diebstägigen Spiels auf einer Großleinwand,.....(Brot und Spiele)

### • Samstag 9. 6.

Südwind-Straßenfest in der Kleeblattgasse (Wien 1) (Nachmittag)

### • Sa 9.6.

im FLEX; Wien 12, Arndtstr.51;  
22.00 h, weils gestern so nett war, gleich noch einmal  
Shudder to Think (Washington D.C.)

### Sink (London)

Target of Demand (Linz)

### • Montag 11. 6. bis

### • Mittwoch 13. Juni

Symposium der Grazer Autorenversammlung:  
Polizei Sicherheit Gesetz in der TU-Wien, 4, Gußhausstr 25-29  
Hörsaal E VII  
TeilnehmerInnen: AutorInnen, ein Grün-Politiker, Bürger beobachten die Polizei, ein Expolizist, einer vom BMfI u.a.

### • Montag 11. 6.

Film »Züri brennt«  
22 Uhr B.A.C.H. (16, Bachg 21)

### Flötzersteig/ Linzerstr 13.50

### Am Platz 14.00

Technisches Museum 14.10  
Mariahilferstr/ Bürgerspitalg 14.25

### Route 7:

Flötzersteig Tinterstr 13.55  
Schuhmaierplatz (Thali- astr) 14.20

### Route 8:

Dornbach (Hern.Hptstr/ Paschingg) 14.15  
Kalvarienbergg/Bartholom. Platz 14.30

### Route 9:

Türkenschanzpl 14.15  
Währingerstr /Prechtlgasse 14.35

### Alle Routen:

15.00 Heldenplatz  
Abschlußfest am Judenplatz (voraussichtlich) ab 16 Uhr (gemeinsam mit Südwind-Straßenfest)

### • Dienstag 12. 6.

Film »Der IWF« um 20 Uhr im B.A.C.H. (16, Bachgasse 21)

### • Dienstag 12 Juni

Lesung der Grazer Autorenversammlung  
aus neuerschienen Büchern lesen Chobot Manfred, Hahn Friedrich, Huber Christine, Janisch Heinz, Jachke Gerhard, Kempinger Krista, Kerschbauer Marie-Thérèse  
Siegmond Wolfgang, Wall Richard  
um 19 Uhr im Studentencafé Wien 9, Berggasse 5

### • Mittwoch 13. Juni

**Kundgebung und Menschenkette vor dem Parlament gegen das Sicherheits-Polizeigesetz**  
um 17 Uhr

### • Montag 18. 6.

Film »Tiefkühlswestern« von GeGEnschlag um 22 Uhr im B.A.C.H. (16, Bachgasse 21)

### • Do 14.6.

im FLEX; Wien 12, Arndtstr.51;  
22.00 h BEATFESTIVAL  
Pricks  
Rankmen u.a.....

### • Fr 15.6.

im FLEX; Wien 12, Arndtstr.51;  
22.00 h Schwarze Distel SOLI  
The Dawn

### • So 17.6.

im WUK; 1090, Währingerstr.59  
22.00 h **DEAD MOUNTAINS FEST**  
No FX (Los Angeles)  
Hay Wire (Los Angeles)  
Rated XXX (Wien)  
Nonoyesno (München)

### • Dienstag 19. Juni

David gegen Goliath  
(ein Film über den Befreiungskampf der Saharanis gegen die marokkanische Besatzung und über das Lagerleben der Saharanis in den algerischen Flüchtlingslagern. anschl: Diskussion

mit einem Vertreter der Frente Polisario

Um 20 Uhr im B.A.C.H. (16 Bachg 21)

### • Dienstag 19 Juni

Gruppenlesung der Grazer Autorenversammlung  
mit Jack Unterweger, Fritz Pober, Eva Jancak, Irene Halpern, Brigitte Gutenbrunner, Anton Dekan. um 19 Uhr im Studentencafé Wien 9, Berggasse 5

### • Samstag 23. 6.

B.A.C.H.-Straßenfest in der Bachgasse  
von 10 Uhr bis 4 in der Früh

## LinZ:

Termine vom KAPU:  
Kapuzinerstraße 36

### • Fr 8.6. 20 Uhr

Wahn & Sinn Disco

### • So 10. 6. 20 Uhr

Shudder to Think (USA) und Sink (GB)

### • Sa 16. 6. 20 Uhr

Haywire (USA) und NoNoYesYes (BRD)

**Sonntag 23. Juni:  
20 Uhr:**

**TATblatt-  
Fest!!!**

**mit Stand to Fall  
im KAPU (Kapuzi-  
nerstraße 36)**

## Betrifft: TATblatt

Puhl! Fertig!  
Geschafft!

Nundenn; der vielen Worte, die, wie immer, noch zu sagen blieben, ist wieder einmal nicht genug Raum geboten. Obwohl wir uns beispielsweise ganz ernsthaft vorgenommen haben, transparenter zu machen, warum die eine oder andere Sache nicht kommt — zumeist deswegen, weil keiner uns was dazu schreibt. Doch auch sonst war die Produktion dieser Nummer von einer etwas größeren Konfusion geprägt, wie die davor, und irgendwie dürfte sich das auch auf die Zeitung ausgewirkt haben. So vom Inhalt her scheint mir das vorliegende TATblatt nicht unbedingt ein Meilenstein in unserer Entwicklung hin zum... äh, wohin, eigentlich? Viel wichtiges, was wir so mitteilen möchten, findet sich aber auch in unserer Stellungnahme zu den LeserInnenbriefdiskussionen zwei Seiten davor.

Nun denn: *Liebe, Kraft und alles Gute! Bis zum nächsten Mal*

1er vom TATblatt

(das nächste Tb erscheint am 19.6.; Redaktionsschluß ist am 12.6.)

**Das TATblatt** erscheint alle 14 Tage. Da wir das TATblatt als ein, in einer Entwicklung befindliches Projekt erachten, sind die Ausgaben von minus 101 ausgehend in Richtung Nullnummer nummeriert. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den offenen TATblatt-Plena getroffen. Nicht alle Artikel müssen vollinhaltlich der Meinung des Kollektivs entsprechen, Kritik und Mitarbeit ist jederzeit willkommen.

**TATblatt-Wien:**

1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11  
Telefon: (0222) 57 49 543

**Plenum:** jeden Donnerstag um 19 Uhr  
**Lustiges Zusammenlegen** des druckfrischen TATblatts, mit Adreßpickerkleben und Packerl-machen: jeden zweiten Montag, und zwar einen Tag vor Erscheinen, ab etwa 14 Uhr. Ab diesen Zeitpunkt ist das TATblatt auch für HandverkäuferInnen abholbereit. Für den Fall von Druckverzögerungen (kommt auch vor): vielleicht vorher anrufen (ab 12 Uhr zirka!)

**TATblatt-Graz:**

8010, Kastellfeldg 34/16  
nächstes Treffen: 13. Juni, 19 Uhr

**TATblatt-Linz:**

Treffen: jeden Mittwoch um 20 Uhr im Medienzentrum; 4020, Schubertstr 35/ Keller.

**TATblatt-Innsbruck:**

Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung ist solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!**

**Das TATblatt im Abo**

Preise: Abo für 10 Ausgaben: S 96.-; Abo für 20 Ausgaben: S 190.- (innerhalb Österreichs)  
Bei Förderabos kannst du selbst bestimmen, wieviel du zahlen möchtest (mindestens natürlich S 96.- bzw S 190.-)  
Ein »Auslandsabo« kostet S 150.- für zehn Ausgaben.  
Ein TATblatt-Abo bestellst du, indem du den jeweiligen Geldbetrag auf unser Konto (P.S.K. 7547 212; lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt) einzahlst. Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 bzw 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch die Neu-Einzahlung verlängert wird.

**Mitgliedschaft in der U.I.I.**

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt S 1.- pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30.- Diese dreißig Schilling nach Belieben vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt.



**Impressum:**

**Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:**  
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt;  
1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11  
**Telefon:** (0222) 57 49 543  
**Bankverbindung/Konto:**  
P.S.K. 7547 212;  
**D.V.R. Nr:** 0558371  
**Druck:** Eigendruck

**Wien:**

**Buchhandlungen:**

- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangergasse 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstr 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Kiosk R. A. Keream (1, Kämtner-torpassage)
- Rive Gauche (Wien 2, Taborstraße 11b)
- Sprachlos (3, Radetzkystraße 6)
- VKA (6, Stiegegasse 20)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstraße 15)
- Reisebuchladen (9, Koling. 6)
- Schiebl (10, Laxenburgerstr 48)

**Einzelverkaufsstellen**

**diverse Läden:**

- WhyNot (6, O.-Bauer-Gasse 16)
- Naturmkt St Josef (7, Zollerg 26)
- EZA (8, Lerchenfelder Str 18-24)
- Makrokosmos (8, Strozsig 38)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

**Beisl:**

- Rotstilzchen (5, Margaretenstraße 99)
- Rosa-Lila-Tip (6, Linke Wienzeile 102)
- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)
- FLEX (12, Arndtstraße 51)
- Club International (16, Payerg 14)
- B.A.C.H. (16, Bachgasse 21)

**außerdem:**

- ARGE für Wehrdienstverweigerung (1, Schotteng 3a/1/4/59)
- Infoladen (5, Margaretengürtel 122-124/1/Keller; Di&Do 17-21, Mi 15-19 Uhr)
- MieterInnen - Interessensgemeinschaft (10, Antonplatz 22; Mo&Mi 15-18.30)

**Graz:**

- Friedenswerkstatt (Paulustorg 3)
- Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzen-dorferg)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)

**Linz:**

- Alternativladen (Zollamtsstr 20)
- Buchhandlung Alex (Hauptplatz)

**Innsbruck:**

- Am Haven (Innrain 157)
- Buchhandlg Parnaß (Speckbacherstr 21)

**anderswo:**

- Schwertberg: Kulturverein Kanal (Josefstal 21)
- Schwatz in Tirol: Dritte Welt Laden

Änderungen vorbehalten!